NEUTRAL FREE PRESS Diese Wochenzeitung gibt's auch im **ABO! SEITE 15**

DEMOKRATISCHER WIDERSTAND

DER DEMOKALENDER
Seite 6

DW-Interview mit Ex-Fußballprofi Tobias Levels, *Seiten 12 und 13*

Wochenzeitung DEMOKRATISCHER WIDERSTAND N° 83 ab Samstag, 19. März 2022 bundesweit. Verkaufspreis 2,50 Euro mit Verwendungszweck *Crowdfunding* bitte an KDW e.V., IBAN: DE46 8306 5408 0004 2747 84 · BIC: GENODEF1SLR
Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye und Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben

2 JAHRE LÜGENREGIME Vs. 2 JAHRE DEMOKRATIEBEWEGUNG

UNSERE WÜRDE IST UNANTASTBAR!

Bild: Twitter/BMG_Bund

DEUTSCHLAND IM ABWEHRKAMPF GEGEN GENOZIDALEN »IMPF«-ZWANG

Heute vor rund zwei Jahren servierte Jens Spahn der Öffentlichkeit eine erste grauenhafte Lüge.

Es war durchgesickert, dass Oligarchenkonzerne und Mitglieder der Bundesregierung ein Notstandsregime ausrufen wollen. Doch der Bankkaufmann und Pharmalobbyist im Gesundheitsministerium ließ die geplante Militarisierung und Faschisierung der Bundesrepublik leugnen (siehe Bild links, Veröffentlichung der Bundesregierung vom 14. März 2020). Seither haben sich fast alle vermeintlichen »Verschwörungstheorien« zu Corona bewahrheitet. Die zahlenmäßig größte, ausdauerndste und entschlossenste Demokratiebewegung der deutschen Geschichte entstand ab 28. März 2020 mit der weltweit ersten Demonstration gegen den fadenscheinigen Corona-Putschversuch – und für Grundgesetz und Menschenrecht auf dem Rosa-Luxemburg-Platz zu Berlin.

Diese Wochenzeitung ist seit 17. April 2020 das weltweit führende Medium der Aufklärung. Mit der Bewegung Nicht Ohne Uns, der Mutter aller weiteren dezentralen Bündnisse, fanden im März, April, Mai und Juni 2020 bundesweit Samstagsspaziergänge und Demonstrationen für Aufklärung statt – heute mittlerweile sogar jeden Tag, überall, unter verschiedensten Labels und in ganz Deutschland.

Weiterlesen auf Seite 4

DIE ZIELE DER DEMOKRATIEBEWEGUNG SIND SEIT 28. MÄRZ 2020 ÖFFENTLICH, GLASKLAR UND UNBESTECHLICH:

1. Sofortiges Ende der Corona-Maßnahmen und allgemeine Aufklärung der Vorgänge.
2. Wiedereinhaltung des Grundgesetzes, des Menschenrechts und des Nürnberger Kodex in Wortlaut und Sinn.
3. Neuwahlen, Brechen des Parteienprivilegs, imperatives Mandat.
4. Volksentscheide über alle grundlegenden Fragen inklusive Währung und Bündniswahl.
5. Verfassungserneuerung auf Basis des Grundgesetzes mit Wirtschafts- und Sozialcharta.

Wo ist die »Vierte Gewalt«, die freie Presse? Hier. Dies ist die 83. Ausgabe einer der auflagenstärksten Print-Wochenzeitungen in deutscher Sprache.

• Preis der Republik geht an »Russenversteher«, Seite 2
• Philosoph Köhne protokolliert Sprachverödung, Seite 2
• Hunderttausende Totgespritzte durch mRNA, Seite 3
• Ausnahmezustand soll zur Normalität werden, Seite 5
• Die große Abzocke durch Mineralölkonzerne, Seite 9
• Flo Osrainik: Der Westen wollte den Krieg, Seite 11
• Zwangsfinanzierte Propaganda bekämpfen, Seite 14
• Die Deutschen und ihre Angst vor der Freiheit, Seite 15
• Sport mit Berthold, Seite 15 • Grundgesetz, Seite 16

Alter Russe?

Der Preis der Republik geht an Thomas Röper
LAUDATIO von Anselm Lenz

Ein Bremer in Sankt Petersburg hat eines der maßgeblichen Bücher zur Aufklärung der Corona-Lüge vorgelegt.

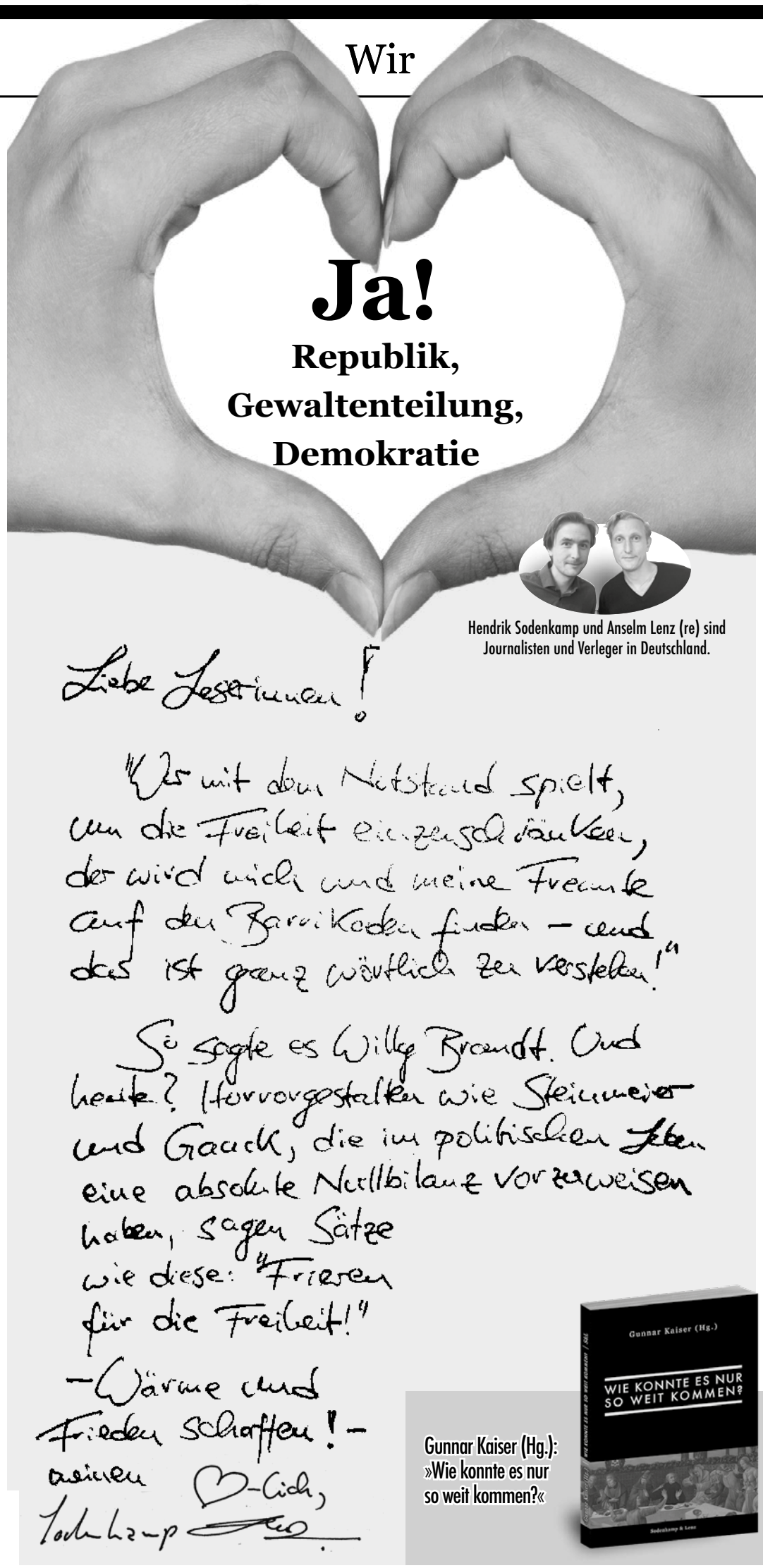
Obwohl auch der Kreml Corona-Maßnahmen verhängt hatte, recherchierte der Journalist Thomas Röper aufklärende Informationen, die das auch von Russland verbreitete Narrativ frühzeitig in Frage stellten. Allein dies zeigt, dass Röper nicht im Pelz der russischen Administration sitzt. Dieser Punkt wird später wichtig werden.

Mit »Die Pandemie, das Netzwerk & die Hintermänner« hat Röper das Buch schlechthin zur Aufklärung des Plans der Plandemie vorgelegt. Gut zu wissen, dass die vorliegende Wochenzeitung dabei die eine, wenn nicht die führende Vorreiterrolle weltweit spielte. Röper stützte sich zudem auf einen »IT-Experten«. Mit seinem »Mister X« legt er dar, wie spätestens ab dem Jahr 2017 der Stufenplan der Corona-Lüge gezündet wurde.

Seit Beginn des Ukraine-Feldzuges liefert Röper nun unabhängige Informationen zum Kriegsverlauf mit seinem bekannten Presseportal *anti-spiegel.ru*.

Der Preis der Republik für Aufklärung, Courage, freie Debatte, Grundgesetz und Demokratie geht an Thomas Röper. Die Auszeichnung wird seit 27. Juni 2020 vom Unterstützerverein dieser Wochenzeitung in Form einer Medaille am Band vergeben.

Bisherige Preisträger: Stephan Kohn, Prof. Sucharit Bhakdi, Dr. Alexander Richter, Prof. Karina Reiß, Dr. Walter Weber und die Ärzte für Aufklärung, 1,3 Millionen vom 1. August in Berlin, Ken Jebsen, Alexandra Wester und Joshiko Saibou, zwei Heldinnen vom 29. August in Berlin, remonstrierende Polizisten, Tommy Hansen, Alexander Ehrlich, Jens Wernicke, Friederike Pfeiffer-de Bruin, Sebastian Götz, Markus Haintz, Sebastian Friebel, Viviane Fischer, Beate Bahner, Louise Creffield, André und Mona, Sibylle plus Martin und Söhne, Ralf Ludwig, Nana Domena Lifestyler, Ilona Si Moussa, Sören Pohlen, Dr. Wolfgang Wodarg, Daniel Igwe, Boris Reitschuster, Dr. Reiner Füllmich, Michael Ballweg, Dr. Klaus Hartmann, Karl Hilz, Ines Teetzen, Matthias Guericke, Michael Fritsch, Ricardo Lange, Dolli, Dr. Louis Fouché, Sabine Langer, Dietmar Lucas, Sarah aus Kassel, Doris und Aya, Captain Future, Silvia Loew, Roman Mironov, Heiko Schöning, Monika Bonnes, Michael Hatzius, Margot Winkler, Claudius Baum (Polizist aus Siegen), Harrison, Friedemann Däblitz, Nicki Minaj, Freddy Independent, Dirk Sattelmaier, Perin Dinekli, Volker Bruch, Nils Wehner, Batseba N'Diaye, Martin Kugelmann, Monica Smit, Christian Krähling, Volkmar Zimmerman, Ulrike Guérot, Miriam Stein, Lisa Fitz, Dr. Friedrich Pürner, Owe Schattauer, Dr. Bodo Schiffmann, Eugen Drewermann, Julia Neigel.



Hendrik Sodenkamp und Anselm Lenz (re) sind Journalisten und Verleger in Deutschland.

Gunnar Kaiser (Hg.): »Wie konnte es nur so weit kommen?«

Sodenkamp & Lenz Verlagshaus, Berlin Dezember 2021. 130 Seiten, 15 Euro.

Zu bestellen via demokratischerwiderstand.de und im unterstützenswerten einzelnen Buchhandel ohne G an der Ecke.

*Schenkungen mit Verwendungszweck »*Crowdfunding*« gern an KDW e.V., IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84

PRINTABO-AKTION DW 2021 AUF DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE

A DEMOCRATIC GREETING FROM BERLIN!
UN SALUT DÉMOCRATIQUE DE BERLIN!
BERLİN'DEN DEMOKRATİK BİR SELAMLAMA!

We are journalists and members of the editorial office from all walks of life in democratic and antifascist resistance in the Federal Republic of Germany. We publish and assemble to defend our liberal constitution, the so-called Grundgesetz.We are very interested in international cooperation, please feel free to contact us on our websites NICHTOHNEUNS.DE or DEMOKRATISCHERWIDERSTAND.DE or via e-mail to demokratischerwiderstand@protonmail.com. Please take into consideration, the current German government and the EU are not what they may seem abroad. During Corona they have taken a fascist turn that is worsening on a weekly basis. We, as editors, are being slandered, harassed, and persecuted for our work as the oppositional liberals that we are. Please help us, contact us, inform international press and human rights organisations abroad. Thank you! Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand Berlin | Bureau de la communication pour la résistance démocratique Berlin | Communication Office for Democratic Resistance Berlin

Rat der Maß gebenden Instanzen

EINWURF *von Werner Köhne*

Haltet die Distanzen ein | sonst droht Verlust eurer Existenz

mit einer Rüge wegen Zuwiderhandlung | können wir es im Zweifelsfalle allerdings nicht bewenden lassen | es stehen uns zusätzliche Mittel der Maßregelung zur Verfügung | und es gilt dafür Sorge zu tragen | dass alles seinen geregelten Verlauf geht | und wir das Entscheidende voran bringen | einen neuen Menschen | um uns art- und marktgerecht zu positionieren

Kultur | meine Herren | was Kultur ist bestimmen wir | und nicht eure verbrauchten Vorbilder

was ist denn geblieben Hamlet | von deiner | grüblerischen Selbstbefragung | verstrickt in Melancholie und Zweifel | deinem falschen Zungenschlag | aus Sein oder Nichtsein | aus Nichts oder Garnichts

diese Lebensmodelle erfüllen | ganz eindeutig | den Tatbestand einer Ordnungswidrigkeit

was ist hier los Franz K | wie willst du den harten Handgriffen der ausführenden Organe | und Ordnungsämter entgehen | dem Schliff und dem sanften Druck der Messer | beim Durchstoßen deiner leicht zu durchstoßenden Haut | erkanntest du nicht in deiner letzten Stunde | in einem Steinbruch war´s wohl und ohne Worte geschah es | von der Behörden Macht | die im Verborgenen wirkt |

was ist los | Ihr endlos Wartenden ohne Fortune | denen Worte wie Freiheit im Mund zu modernden Pilzen geraten | nehmt lieber unser Geschenk des Tages entgegen | freut euch über die gelenkten Ablenkungen | die vielen TV-Kanäle | die 2.600 statistisch erfassten | Gemordeten in den Vorabendserien

werdet unsere Schutzbefohlenen | denen nach Verabreichung der transitiven Wohltat ein wohliger Schauer | durch die Venen rauscht

was ist los ihr Schattenwesen am Todesfluß Styx | entrückt seid ihr uns schon lang | und fremd geworden | wir werden den Tod zum Vorteil aller | vergessen und verbieten lassen |

ach all ihr Zögernden | um Leib und Leben Bangenden | ihr Abwartenden und Lauernden | schließt euch uns an | wenn ihr denn nicht ins Abseits | unseres Gemeinwesens | geraten wollt | setzt euch ins Benehmen | kommt zu unseren Sammelstellen

Kurzer Auszug aus dem Gedichtband »Corona Litanei – Protokoll einer Sprachverödung«

Köhne, Autor der »Minima Mortalia«, geht auf Lesereise. Einladungen willkommen: *wernerpaulkoehne@gmail.com*

MEIN KÖRPER, MEINE ENTSCHEIDUNG!

Der Bundestag möchte trotz der genozidalen Auswirkungen der Corona-Gentherapie einen Impfzwang beschließen – ohne wissenschaftliche Basis. | Von Markus Fiedler

Wer glaubt noch ernsthaft an die Versprechungen der Politiker? *Foto: Georgi Belickin*

Der Pathologe Prof. Dr. Arne Burkhardt konnte zusammen mit anderen Ärzten – siehe *pathologie-konferenz.de* – massive Nebenwirkungen der sogenannten Covid-»Impfungen« unter anderem mittels mikroskopischer Untersuchung von Gewebepräparaten nachweisen. Er konnte diese Nebenwirkungen bei fast allen untersuchten Leichen mittels Nachweisreaktionen auf das Spike-Protein oder aber die Hülle des nativen Virus kausal auf die Geninjektionen zurückführen – DW berichtete. Am 7. März 2022 hat Burkhardt nun im sächsischen Landtag bei einer öffentlichen Anhörung des Sozialausschusses seine Ergebnisse vorgetragen.

Es ist daher sehr unglaubwürdig, wenn Politiker behaupten, dass sie noch nie etwas von Nebenwirkungen der Corona-Gen-Impfungen gehört hätten. Karl Lauterbach formulierte zuletzt in der Fernsehsendung »Anne Will« am 13. Februar 2022 die Falschaussage: »Die Impfungen sind halt mehr oder weniger nebenwirkungsfrei«. Hier muss man inzwischen davon ausgehen, dass es sich bei solchen Äußerungen um böswillige Täuschungen der Zuschauer handelt. Dem Herrn Lauterbach können die zahlreichen Meldungen über Nebenwirkungen nicht entgangen sein, die beispielsweise über das Paul-Ehrlich-Institut oder die europäische Arzneimittelagentur (EMA) gemeldet wurden. Falls doch, ist er einer der größten Hochstapler aller Zeiten, denn von einem angeblichen Mediziner und Gesundheitsminister darf man erwarten, dass er entsprechende Daten zur Kenntnis nimmt und nicht vollkommen ahnungslos in der Öffentlichkeit Desinformation verbreitet.

In der EMA-Datenbank »EudraVigilance« sind aktuell am 14. März 2022 insgesamt 1,57 Millionen Fälle von Nebenwirkungen nach Gen-Impfungen registriert, davon 668.389 Fälle mit ernsvten Nebenwirkungen, 135.184 Krankenhausaufenthalte und 23.090 Todesfälle. Wenn man von einer europaweiten Untererfassung der Nebenwirkungen um den Faktor 10 bis 20 ausgeht (Dunkelziffer), reden wir hier von europaweit potentiell etwa 230.000 bis 460.000 Todesfällen, welche im engen zeitlichen Zusammenhang mit Impfungen stehen.

HUNDERTTAUSENDE TOTE DURCH GENTHERAPIE

Die Daten der registrierten Impfnebenwirkungen der VAERS-Datenbank, die sich auf die USA beziehen, sehen nicht besser aus. Dort sind 1,1 Millionen Impfnebenwirkungen registriert, davon 407.626 ernste Nebenwirkungen, 129.789 Krankenhausaufenthalte und 24.827 Tote nach Gen-Impfungen. Gehen wir auch dort von einer Untererfassung um den Faktor zehn bis 20 aus, so errechnen sich insgesamt bis zu 500.000 Tote alleine im zeitlichen Zusammenhang mit der Injektion der Genpräparate.

Das korreliert mit den Abrechnungsdaten der Krankenkassen, welche geradezu eine katastrophale Häufung an ungewollten Nebenwirkungen der Corona-Genpräparate aufzeigen, wie zuletzt das Redaktionsnetzwerk tkp.at berichtete. Etwa zwei Prozent der »geimpften« Patienten zeigen so schwere Nebenwirkungen, dass sie zum Arzt oder ins Krankenhaus gehen müssen.

GEFÄHRLICHE VERSPRECHUNGEN

Neueste Daten aus England belegen inzwischen eindeutig, dass die viel beworbenen Gen-Impfungen keinerlei Versprechen der Politiker erfüllen konnten. Wir erinnern uns: Versprochen wurden uns beispielsweise die Herstellung einer Herdenimmunität und der Fremdschutz. Über die letzten Monate konnten wir sehen, wie ein Versprechen nach dem anderen in sich zusammenfiel. Geblieben vom Narrativ war zuletzt nur noch der Schutz vor einem schweren Verlauf. Auch das war offenbar gelogen. Die Gen-Impfungen schützen vor rein gar nichts, im Gegenteil – sie schädigen die Patienten, teilweise irreversibel. Auf lange Sicht verlieren diese durch die Genmanipulationstherapie die Funktionsfähigkeit ihres natürlichen Immunsystems und sind anfälliger gegen alle Arten von Keimen und Viren. Und genau auf so einer Datengrundlage soll der Bundestag in dieser Woche über eine allgemeine Impfpflicht abstimmen. Unter völliger Missachtung der grundgesetzlich garantierten körperlichen Unversehrtheit des Körpers.

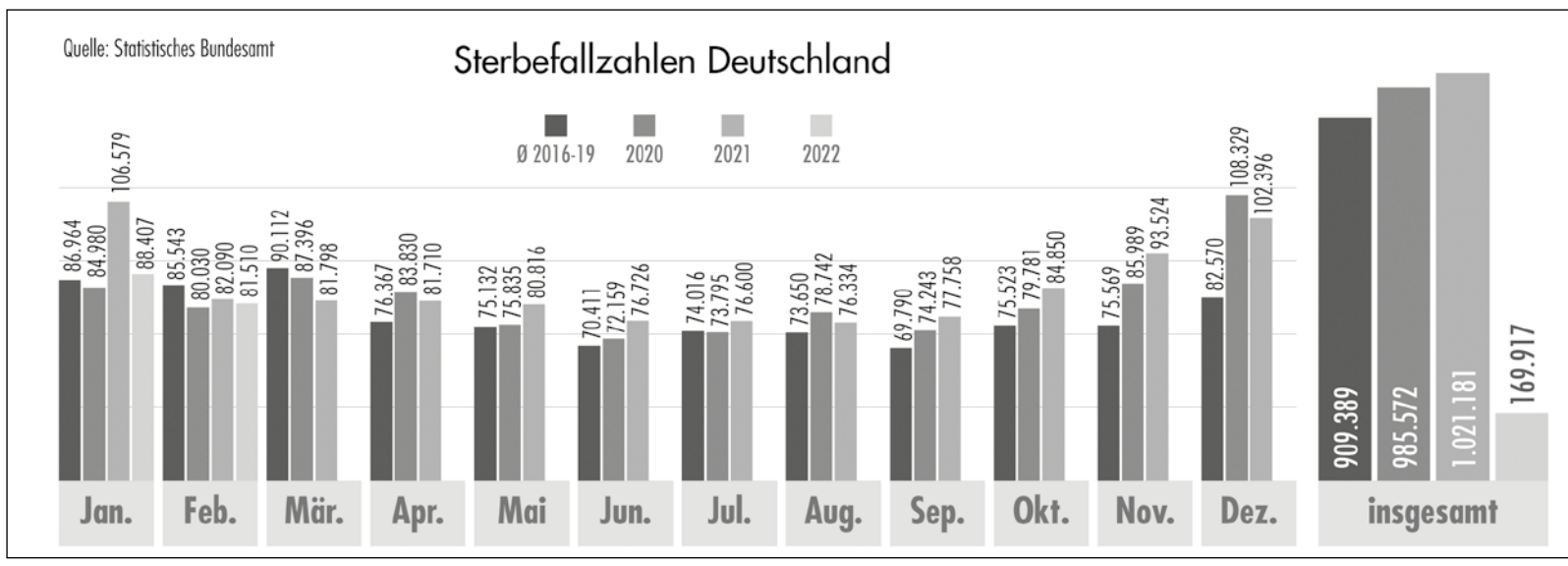
Ich gehe davon aus, dass man das Grundgesetz leider ignorieren und sich mehrheitlich für den Impfzwang entscheiden wird. Wohin sich eine Staatsapparatur ohne jeglichen Respekt vor dem Grundgesetz und seinen Bürgern entwickelt kann, musste man leidvoll zwischen 1933 und 1945 erfahren.

Markus Fiedler ist Diplombiologe mit Fachgebiet Mikrobiologie und Genetik und Naturwissenschaft-Ressort-Leiter.

MELDUNG

SCHEINDISKUSSION UM »IMPFUNG«

Berlin/DW. Am Donnerstag spulte der Bundestag sein üblich schlechtes Theaterstück ab, an dessen Ende die Einführung eines weiteren »Impf«-Zwanges stehen wird – nach Segregation und Apartheid. Vermeintlich kritische Positionen, etwa vorgetragen von Gregor Gysi (Partei Die Linke), hörten sich so an: »Ich bin gegen die Einführung einer Impfpflicht, weil ein Gesetz, das nicht durchführbar ist, auch nicht beschlossen werden darf. 16 Millionen Menschen in Deutschland sind ungeimpft, wollen Sie Hunderttausende Ordnungsämter einführen, um die Impflicht durchzusetzen?« Besser sei es, »täglich 30.000 Menschen zu überzeugen«. Von Konzernoligarchen gesteuerte Schreckschrauben feierten ein Festival moralischer Widersprüchlichkeiten. So sagte eine junge Abgeordnete der Regierungsquerfront von CSU bis Linkspartei, Emilia Fester, die »Ungeimpften« seien schuld daran, dass sie nicht habe »in die Uni und den Club« gehen dürfen. Sogar laut der EU-Behörde EMA sind allein 2021 über 17.000 Menschen in direktor Folge der genverändernden Injektion getötet worden, eine um Vielfache höhere Dunkelziffer muss angenommen werden. (ale)



WAS ZEIGT DIE MEDIZINISCHE GRAFIK?

Links sehen Sie die Sterbefallzahlen im Vergleich der Jahre. Es wird klar: Es gab nie eine gemeingefährliche Seuche. Die Sterbefälle halten sich im Jahr 2020 im Rahmen der Vorjahre. Zieht man die Geburtenstärke der Jahrgänge um 1940 in die Berechnung mit ein, hatten wir sogar eine Untersterblichkeit. Erst mit dem Beginn der Impfkampagne im Dezember 2020 zieht die Übersterblichkeit im Jahr 2021 an. Ebenso nehmen die Kollateralschäden der Maßnahmen zu. Die Zahlen sind die aktuellen des Statistischen Bundesamtes.

FORTSETZUNG VOM TITELTEXT | # AUFRÜSTUNG AUF ALLEN KANÄLEN: Die deutsche Herrschaftskaste dreht durch | Von Hendrik Sodenkamp

Es war eine richtungsweisende Woche in der Bundesrepublik. Die Bundeswehr deckte sich ein, um beim Atomkrieg mitten drin statt nur dabei zu sein, die Innenministerin Nancy Faeser (SPD) verkündete ihren Aktionsplan gegen Rechtsextremismus und am Freitag, nach Redaktionsschluss, wird der der Bundestag über das neue Infektionsschutzgesetz abgestimmt haben.

Die deutsche Kriegsministerin Christine Lambrecht (SPD) zwitscherte am 14. März 2022 verstrahlt: »Der F-35 Tarnkappenbomber bietet ein einzigartiges Kooperationspotenzial mit unseren Nato-Verbündeten und weiteren Partnern in Europa.« Dieses einzigartige Kooperationspotenzial besteht darin, dass die Flugzeuge mit US-amerikanischen Atombomben ausgestattet werden können, um damit russische Städte wie Kaliningrad, Moskau oder St. Petersburg und alle Menschen darin zu pulverisieren. Im Fachjargon heißt das: nukleare Teilhabe.

Das ist neu: Tarnkappenbomber sind Offensivwaffen, die dazu in der Lage sind, vor dem Radar unsichtbar zu sein. Bisher verfügte die Bundeswehr als sogenannte Verteidigungsarmee, unter anderem am Hindukusch, über solche Waffen nicht. 35 Stück soll Christine Lambrecht bestellt haben. Ob sie den Vertrag wie Ursula Leyen (CDU) bei den Impfstoffen mit geheimen SMS abgeschlossen hat, ist nicht bekannt. Auch die 100 Milliarden Euro »Sondervermögen« für die Bundeswehr wurden am

Gegen Impfzwang: Demowochenauftakt am 16. März 2022 vor dem Brandenburger Tor, Berlin. *Foto: Hannes Henkelmann*

16. März 2022 auf den Weg gebracht. Um den Anschein zu wahren, dass die Schuldenbremse irgendwann wieder eingehalten wird, werden diese Schulden unabhängig vom Bundeshaushalt aufgenommen. Augenwischerei.

WILLKOMMEN IM SPITZELSTAAT

Innenministerin Nancy Faeser (SPD) trat am 15. März 2022 ihren 10-Punkte Plan gegen Rechtsextremismus los. Man hatte den Eindruck, dass es im Jahr 2022 mehr NSDAP-Mitglieder in Deutschland als 1945 geben soll. Bei der Präsentation saß neben Faeser der Chef des Bundeskriminalamts Holger Münch, der Chef des Inlandsgeheimdienstes Thomas Haldenwang, aber auch der Thomas Krüger, Präsident der Bundeszentrale für Politische Bildung, welche sich dadurch als Propagandainstrument der Bundesregierung bewies.

»Prävention und Repression« waren Faesers Schlagworte. Die Nachrichten der Bürger bei elektronischen Kurzbrief-Anbietern wie Telegram sollen mit mehr Personal überwacht werden. Finanzströme von Oppositionellen, hier Rechtsextreme genannt, sollen feinmaschig überwacht werden. Kontakte jeder Art nach Russland sollen überwacht und rechte Netzwerke »zerschlagen« werden. Was hier als Kampf gegen Rechtsextremismus vorgestellt wurde, kann und wird auf alle Oppositionellen und Dissidenten angewendet werden. Außerdem wird ein Aussteigerprogramm für »Verschwörungsgläubige« aufgebaut, analog zum Nazi-Aussteigerprogramm, und es soll »ein zentrales Beratungsangebot für Menschen geschaffen werden, die in ihrem persönlichen Umfeld eine Radikalisierung aufgrund eines wachsenden Verschwörungsglaubens beobachten beziehungsweise vermuten«, heißt es im Aktionsplan. Willkommen im Spitzelstaat. Dies soll in Kollaboration mit »zivilgesellschaftlichen Organisatoren« geschehen, also Vorfeldorganisationen der Bundesregierung. Auch das wird interessant: Faeser gab ein Forschungsprojekt in Auftrag, welches sogenannte Radikalisierungsprozesse im Rahmen der Corona-Politik untersucht.

NOTSTANDS-REGIME FÜR IMMER

Das ignorierte die politmediale Kaste einfach: Am Montag, den 14. März 2022 wurde eine Petition mit mehr als 125.000 Unterschriften von Mitarbeitern des Gesundheitswesens an den Bundestag überreicht, die sich gegen die Zwangsspritze in ihrem Beruf aussprachen. Am Donnerstag, nach Redaktionsschluss, debattierte der Bundestag über die Zwangsspritze für alle.

Am Freitag, ebenfalls nach Redaktionsschluss, wurde dann über das neue Infektionsschutzgesetz abgestimmt. Die Ermächtigungsgrundlage des alten Gesetzes wäre zum 19. März 2022 ausgelaufen, weshalb sich die Regierung ein neues Gesetz basteln musste, was dann mit »Freedom Day« nichts zu tun hatte.

Das neue Gesetz sieht vor, dass weiterhin Maskenzwang herrscht und Kinder in der Schule mit Tests drangsaliert werden, auch für Menschen in medizinischen Einrichtungen, Pflegeheimen oder Gefängnissen gilt der Testzwang. Die Bundesländer können darüber hinaus feststellen, dass mal wieder eine ganz gefährliche Situation vorliegt, ein sogenannter *Hotspot*, weil mal wieder eine neue Mutante um die Ecke gekommen ist oder das Gesundheitssystem kurz vor dem Kollaps steht und dann auch weitergehende Maßnahmen wie 2/3 G beschließen.

Was ein »Hotspot« sein soll, ist absichtlich nicht definiert und wird zu Willkürmaßnahmen der Landesfürsten führen. Ein Großteil der Bundesländer kündigte bereits an, einfach mit den existierenden Regeln weiter zu machen. Ohne dieses neue Infektionsschutzgesetz hätten sie dafür keine Grundlage.

EINSCHWÖRUNG AUF DUNKLE ZEITEN

Den verbalen Abschuss lieferte diese Woche der Ex-Bundespräsident und Militärpriester Joachim Gauck. Dieser verkündete bereits vor Jahren: »Ein Krieg würde reinigend wirken.« Nun setzte er sich in gewohnt feister Pose in die regierungsnahe Sendung *Maischberger* und rief die Deutschen zu Kampfgeist und irrer Entschlossenheit in Bezug auf den Krieg in Europa auf: »Wir können auch einmal frieren für die Freiheit. Wir können auch einmal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben.« – Wie lange soll das noch gehen?

MELDUNG

UKRAINE NUTZT GESICHTSERKENNUNGSSOFTWARE

Kiew/DW. Laut Reuter-Berichten nutzt das Verteidigungsministerium der Ukraine dank exklusiver Zugangsrechte die Gesichtserkennungssoftware »Clearview AI« aus US-amerikanischer Produktion. Sie kann dazu genutzt werden, Tote zu identifizieren. Zugleich birgt das Programm ein Missbrauchspotenzial, wenn es in Kriegsgebieten eingesetzt wird. Russland verfügt nicht über einen solchen Exklusivzugang. Dabei stammt ein beträchtlicher Teil der Gesichtsdaten aus dem russischen Sozialnetzwerk »Vkontakte«. (nir)

NEUE »SOZIALE« ZENSURREGELN

Kalifornien/DW. Neues aus der Welt der »sozialen« Medien: Die Internetvideoplattform YouTube geht nun gegen Leugnung des russischen Einmarsches in die Ukraine vor. Videobeiträge, die die russische Invasion leugnen, werden nun gelöscht. Zugleich lockert das »soziale Netzwerk« Facebook in der Ukraine die Gemeinschaftsrichtlinien betreffend der Hassrede. Hier sei »harte Kritik« eine Art Ausdruck des Widerstandes gegen die Invasion Russlands. Deswegen werde man gegenüber ukrainischen Nutzern es mit expliziten Äußerungen nicht so genau nehmen wie im Rest der Welt. (nir)

DW-ONLINE-UMFRAGE 1: ANTIKRIEGSSTREIK?

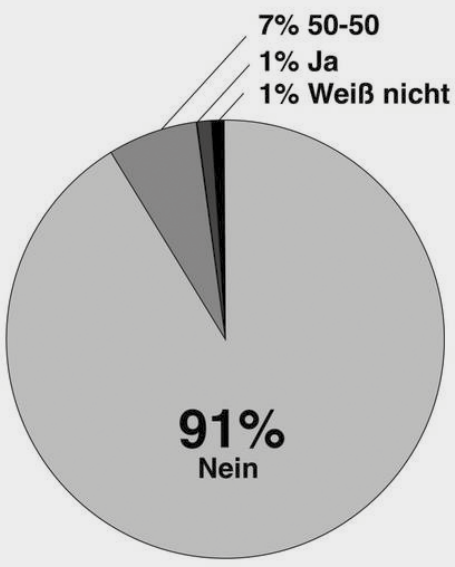
Wir fragten online auf dem DW-Telegramkanal: »Würden Sie einen Antikriegsstreik befürworten, der sich gegen Waffenlieferungen, Aufrüstung und den Kriegseinsatz Deutschlands in Osteuropa und anderen Teilen der Welt richtet?« Bis 14. März 2022 gingen 1803 Stimmen ein.

1711 Personen oder 95 Prozent stimmten mit: »Ja, wir müssen friedliche Verständigung finden und haben woanders nichts verloren. Deshalb streiken!

20 Stimmen oder 1 Prozent stimmten mit: »Nein, wir müssen aufrüsten, die Waffenproduktion ausweiten und kämpfen! Deshalb: Nicht streiken!«

72 Stimmen oder 4 Prozent stimmten mit: »Weiß nicht / mag die Frage nicht.«

DW-ONLINE-UMFRAGE 2: WIE GLAUBWÜRDIG SIND TAGESSCHAU UND GROßE NEWS-APPS?



Wir fragten: »Haben Sie den Eindruck, dass Sie durch Einschalten des TV-Gerätes oder durch Aufrufen der großen Nachrichten-Apps wie Tagesschau an wahrheitsgemäße Informationen gelangen?« An unserer Online-Umfrage beteiligten sich bis 16. März 2.870 Menschen.

32 Stimmen oder 1 Prozent entfielen auf: »Ja, im Großen und Ganzen sind die Nachrichten wahrheitsgemäß und zuverlässig.«

2.624 Stimmen oder 91 Prozent: »Nein, in wichtigen Ressorts gibt es keinerlei Zuverlässigkeit. Es wird viel und absichtlich gelogen.«

191 Stimmen oder 7 Prozent: »50-50. Bei manchen Themen wird absichtlich gelogen, bei anderen ist die Information redlich.«

23 Stimmen oder 1 Prozent: »Weiß nicht / mag die Frage nicht.«

Krankheitsminister Karl Lauterbach offenbart die perverse Ideologie seiner Dienstherren. *Foto: Sandra Doornbos*

Danke, Karl Lauterbach!

Weekly Wahnsinn – der meinungsstarke Wochenrückblick

Von Nadine Strotmann

Folgendes Zitat stammt von Karl Lauterbach, Bundesgesundheitsminister der SPD, als er neulich wieder in einer Unterhaltungssendung beim öffentlich-rechtlichen Fernsehen zu Gast war. Anlass seines Besuches war die Vorstellung seines neuen Buches, und er nutze schnell die Möglichkeit, über unsere Zukunft und die bevorstehenden Katastrophen zu sprechen.

»Ich stimme zu, wir kommen jetzt in eine Phase hinein, wo der Ausnahmezustand die Normalität sein wird. Wir werden ab jetzt immer im Ausnahmezustand sein. Also der Klimawandel wird zwangsläufig mehr Pandemien entwickeln, mehr Pandemien werden also die Wirtschaft belasten, also unterbrechen, wir kommen in eine Situation des globalen Wassermangels hinein, und Kriege für Wasser sind fast unvermeidbar. Es sind riesige Wanderungen also zu erwarten. Es ist also … früher hat man gedacht, es wird Krieg um Öl geben, die viel größere Wahrscheinlichkeit wird Krieg um Wasser … Wir haben also somit eine Situation: Klimawandel kommt, Pandemien kommen, Wassermangel kommt, dann haben wir erneut das Problem, was wir gelöst geglaubt haben, den Nahrungsmangel. Es kommen jedenfalls riesige Migrationsstürme.«

Bei dem Kurznachrichtendienst Twitter überschlugen sich nach dieser Sendung die Kommentare, selbstverständlich und auch nachvollziehbar. Der gemeine Tenor: Lauterbach sei nicht mehr zurechnungsfähig, er sei betrunken oder stünde unter der Einwirkung anderer Substanzen, er erzähle unfassbaren Unsinn. So weit, so gut. Es gibt allerdings auch eine andere Möglichkeit der Betrachtung. Was, wenn Lauterbach uns warnt? Was, wenn er mehr weiß? Wenn er ein Eingeweihter der selbsternannten Eliten ist?

WEM HAT LAUTERBACH VIEL ZU VERDANKEN?

Im Oktober 2020 teilte Lauterbach auf Twitter: »Amartya Sen war einer der wichtigsten Menschen in meinem Leben. Als mein Doktorvater hat er auch meiner Arbeit eine Richtung gegeben. Es ist Aufgabe der Wissenschaft, auf der Seite der Armen und Benachteiligten zu stehen. Armut geht jeden von uns an.« Eben dieser Mann ist mit einer Emma Rothschild, einer britischen Wirtschaftshistorikerin verheiratet, die wiederum ist die Tochter von Viktor Rothschild. Und dieser war MI5-Agent (britischer Inlandsgeheimdienst) und Biologe, der laut Wikipedia 1981 die Firma Biotechnology Investments Limited gründete.

Die Welt ist klein, nicht wahr? Und wer von Ihnen das Buch »The Great Reset« von Klaus Schwab, dem Gründer des Weltwirtschaftsforums gelesen hat, dem kommen jetzt einige Dinge wahrscheinlich sehr bekannt vor: Die bösen Prognosen sind deckungsgleich. Die Erzählung des menschengemachten Klimawandels, die Corona-Test-Pandemie als auch die Ankündigung großer Völkerwanderungen verschmelzen zu einer großen Kausalkette in der Aussage Lauterbachs. Und wir haben in den vergangenen Jahren immer wieder einzelne Teile daraus erlebt. Jetzt sagt Lauterbach eben auch, wie alles zusammenhängt – und was wir glauben sollen.

GLAUBEN SIE NICHTS, HINTERFRAGEN SIE ALLES

Natürlich hat Lauterbach aufgrund seiner hervorragenden Beziehungen zu sehr reichen und mächtigen Menschen sich schon Jahre zuvor seinen Platz in der Öffentlichkeit erschlichen. Niemand nimmt diesen Mann als Wissenschaftler ernst. Schließlich hat er mit seinen Ankündigungen schon vor seiner Benennung zum Bundesgesundheitsminister mit allen Vorhersagen immer kräftig danebengelegen. Wir erinnern uns an einen Höhepunkt der düsteren Vorhersagen: Die Ungeimpften sollten alle bis spätestens März verstorben sein.

Und seine Panikmache geht weiter – schließlich will er die Impfpflicht für alle ab 18 Jahren durchsetzen. Aber eine Sache rechne ich ihm persönlich hoch an: Er hat dieses Mal eine große Geschichte schnell erzählt und macht keinen Hehl daraus, was uns erwartet, wenn wir uns nicht widersetzen: Der Ausnahmezustand wird nicht enden. Ich sage Danke, Karl. Wir arbeiten daran, das zu verhindern.

Nadine Strotmann ist Kommunikationswissenschaftlerin, DW-Redaktionsmitglied und Marketingfachfrau.

Nichts Neues aus Karlsruhe

NEUES AUS DEM GERICHTSSAAL | KOLUMNE ***von Dirk Sattelmaier***

Zunächst muss ich feststellen, dass in den letzten 14 Tagen auffallend viele Gerichtsverhandlungen teils sehr kurzfristig verschoben werden, weshalb es aus dem Gerichtssaal derzeit nicht viel zu berichten gibt. Dabei sind die Gerichte in ihren sogenannten Abladungen dazu gehalten, die Gründe für die Aufhebung zu benennen.

Und hier ist Erstaunliches festzustellen: Bei sehr kurzfristigen Abladungen eines Termins – also 24 Stunden vorher – drängt sich derzeit natürlich der Verdacht einer Erkrankung des Richters beziehungsweise der Richterin auf. In »Vor-Corona-Zeiten« wurde dies auch ohne Weiteres offen kommuniziert. Nicht so im März 2022. Hier ist ganz allgemein von »dienstlichen Gründen« oder »kurzfristigen Verhinderungen« die Rede. Dem geneigten Leser dürfte schnell klar sein, dass natürlich auch die Richterschaft derzeit vermehrt test-positiv ist. Irgendwie hat man aber das Gefühl, dass es sich in diesen Zeiten nicht schickt, sich einem entsprechenden »Verdacht« auszusetzen und wie früher eine Erkrankung als Grund anzugeben.

Über die Gründe hierüber kann man nur spekulieren. Ein möglicher Grund könnte darin bestehen, dass die nach eigenen Angaben zu über 90 Prozent geimpfte und/oder »geboosterte« Richterschaft sich einfach schwer tut, offen eine Infektion zuzugeben. Aber das ist natürlich nur eine von vielen Möglichkeiten, die sich in einem lediglich küchenpsychologisch geschulten Gehirn eines Rechtsanwaltes tummeln. Umso mehr Zeit hatte ich dann, die bereits dritte Demonstration der »Anwälte für Aufklärung« am 11. März 2022 vor dem Bundesverfassungsgericht als Anmelder zu organisieren und durchzuführen. Hierzu gehörte auch, die abermals verordnete Maskenpflicht auf der Demonstration gerichtlich anzugreifen. Doch selbst vor dem Hintergrund des von der FDP ausgerufenen und anstehenden »Freedom-Days«, welcher sich wohl als Mogelpackung entpuppen wird, gelang mir dies leider nicht.

Es wurde dennoch eine tolle Versammlung unmittelbar vor dem Gericht, das ja eigentlich mal zum Schutz unserer Grundrechte von den Müttern und Vätern des Grundgesetzes installiert wurde.

DIE GRÖSSERE GEFAHR

KOLUMNE RECHTSSTAAT
von Markus Haintz

Nach zwei Jahren Krieg gegen das eigene Volk mit Corona-Maßnahmen schien es so, als sei das Schlimmste erst mal überstanden. Das Corona-Narrativ zerfällt immer mehr, die verzweifelten Versuche von Teilen der Politik, die Impfpflicht doch noch durchzusetzen, stoßen auf immer mehr Widerstand in Medien, Wissenschaft und auch im Parlament. Gute Nachrichten an der Corona-Front.

Der Ukraine-Krieg hat das Thema Corona weitestgehend aus den Medien verdrängt. Nun meinen manche, die Politik nutze diese »Ablenkung« aus, um weitere Maßnahmen durchzusetzen. Dieser Verdacht liegt nahe, allerdings ist die Gefahr, die vom Ukraine-Krieg für unsere Freiheit ausgeht, wesentlich größer.

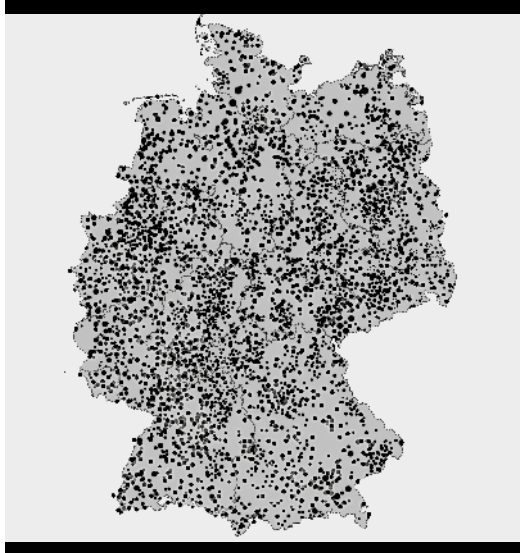
Selbst wenn der Bundestag die allgemeine Impfpflicht beschließen sollte, was ich inzwischen für weniger wahrscheinlich halte, so gehe ich nicht davon aus, dass diese durchsetzbar wäre. Den deutschen Corona-Maßnahmen kann man ausweichen, notfalls kann man in ein anderes europäisches Land ziehen, in dem Grund- und Menschenrechte noch einen höheren Stellenwert haben als bei uns.

Den Folgen eines Krieges innerhalb von Europa könnte man wesentlich schwerer ausweichen. Die Propagandamaschinen der Kriegsparteien laufen im Moment auf Hochtouren. Vertreter Russlands drohen dem Westen und mehreren westlichen Nachbarländern. Der ukrainische Präsident Wladimir Selenskyj zieht im Moment durch die Parlamente der westlichen Welt und wirbt für weitere militärische Unterstützung.

Es sieht danach aus, als würde Selenskyj nicht nur Waffen von den Nato-Staaten erhalten, auch eine direkte Einmischung in den Krieg wird immer wahrscheinlicher. US-Präsident Joe Biden wird am 24. März 2022 zu einem außerordentlichen Gipfeltreffen ins Nato-Hauptquartier nach Brüssel kommen. Thema wird die Unterstützung der Ukraine und die weitere Stärkung der Abschreckung und Verteidigung der Nato sein, wie Nato-Generalsekretär Jens Stoltenberg mitteilte. Außerdem findet gerade in Norwegen ein großes Nato-Manöver mit 35.000 Soldaten statt, welches sich offenkundig gegen eine russische Bedrohung richtet. Hinzu kommen diverse Berichte von der Verlagerung von schwerem militärischem Gerät aus Deutschland in Richtung Osten, darunter Kampf- und Schützenpanzer der US-Armee.

Markus Haintz ist Rechtsanwalt und Journalist.

Netzwerk



Die Übersichtskarte (oben) zeigt die Anmeldungen von Aktivitäten von dezentralen und eigenverantwortlichen Gruppen der Demokratiebewegung.

IMMER MONTAGS!

Seit 28. März 2020 geht die Demokratiebewegung mit dem Grundgesetz spazieren. In über 2.000 Orten in Deutschland demonstriert die größte und langanhaltendste Erhebung der Geschichte jeden Montag für unsere Grund- und Freiheitsrechte. Unten sind die größten Spaziergänge aufgelistet. Auf *NichtOhneUns.de* und beispielsweise online in t.me/zaehlerspaziergaenge finden Sie die Liste aller über 2.250 gemeldeten Montagsdemonstrationen. Wir nennen hier größere Spaziergänge aus jeder Region, an denen Sie sich orientieren können.

Aachen, 19 Uhr Rathaus • Ahrensburg, 18 Uhr Rathaus • Allensbach, 18 Uhr am See Richtung Baumannsteg • Altenburg, 18 Uhr Brüderkirche • Altwarmbüchen, 18 Uhr Rathaus • Aurich, 18 Uhr Marktplatz • Bad Bergzabern, 18:30 Uhr Schloss • Bad Oldesloe, 17:30 Uhr Rathaus • Bad Segeberg, 18 Uhr Kirche • Bad Oeynhausen, 17:30 Uhr Auferstehungskirche • Bayreuth, 19 Uhr Maximilianstraße • Berlin-Marzahn, 18 Uhr Altes Rathaus • Berlin-Mitte, 18 Uhr Bürgeramt Rathaus-Mitte • Berlin-Pankow, 18 Uhr Rathaus • Bernau bei Berlin, 17:30 Uhr Bahnhofsvorplatz • Bochum, 18 Uhr Rathaus • Bonn, 18 Uhr Marktplatz • Cottbus, 19 Uhr Altmarkt/Oberkirchplatz • Darmstadt, 18 Uhr Luisenplatz • Detmold, 18 Uhr Rathaus • Dreieich-Sprendlingen, 18 Uhr Bürgerpark/Säule • Fulda, 18 Uhr Domplatz/Hauptwache • Gießen, 18 Uhr Bürgerhaus • Görlitz, 18:30 Uhr Postplatz • Halberstadt, 19 Uhr Domplatz • Hamburg-Barmbek, 17:30 Uhr Spohrstraße 6 • Hamburg-Altona, 17:30 Uhr Erzbergstraße • Hamburg-Bergstedt, 17:30 Uhr Siemerscher Hof/Reiterhof Kracht • Heidelberg, 18 Uhr Bonifatiuskirche • Hockenheim, 17 Uhr Wasserturm • Hoyerswerda, 18 Uhr Lausitzerplatz • Husum, 18 Uhr Rathaus • Köln, 19 Uhr Roncalliplatz • Krumbach, 18 Uhr Neues Rathaus • Leimen/Baden, 18:30 Uhr Altes Rathaus • Mainz, 18 Uhr Theaterplatz • Mannheim, 18 Uhr Schloss • Minden, 18 Uhr Simeansplatz • Neuhaus, 18 Uhr • Markt/Holzkirche • Nordhausen, 18 Uhr Rathaus • Nürnberg, 18:30 Parkplatz Meistersingerhalle • Oranienburg, 18 Uhr Schlossplatz • Peine, 18 Uhr Bahnhofstraße • Porta Westfalica, 18 Uhr am Brunnen • Regensburg, 18 Uhr Domplatz • Saarbrücken, 18 Uhr Rathaus • Schneverdingen, 18:30 Rathaus • Schwäbisch Hall, 18 Uhr, Marktplatz • Soltau, 18 Uhr Heiratsbrunnen • Stadtallendorf, 18 Uhr Rathaus • Stuttgart-Stammheim, 18:30 Platz vor der ev. Kirche • Triberg/Schwarzwald, 18 Uhr Marktplatz • Uetersen, Rathaus 18:30 Uhr • Vilshofen, 18 Uhr Rathaus • Wedel, 18 Uhr Rathausplatz • Weimar, 19 Uhr Innenstadt • Zehdenick, 19 Uhr Marktplatz • Zwönitz, 19 Uhr Markt.

DEMOTERMINE DER VERFASSUNGSBEWEGUNG:

Senden Sie uns die Termine Ihrer Veranstaltung an: veranstaltung@demokratischerwiderstand.de

19.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
19.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johannes-Rau-Platz	Versammlung und Umzug – Impfzwang, nicht mit uns!
19.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
19.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
19.3.2022 15:30-20 Uhr (jeden Sa)	Essen, Willy-Brand-Platz	Offenes Mikrophon für die Freiheitsrechte
19.3.2022 14-15 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Aufzug für Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
19.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Am Bahnhof	Demo für Frieden und Freiheit
19.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
19.3.2022 15-16 Uhr (jeden Sa, wenn Demo verboten)	Hamburg, rund um die Binnenalster	Spaziergänger erkennen sich am Grundgesetz
19.3.2022 14-18 Uhr (jeden Sa)	Hannover, Ritter Brüning Straße, neben Hochschule	Autokorso für Grundrechte und den Erhalt des Mittelstandes und des Friedens
19.3.2022 14:30-18 Uhr (jeden Sa)	Heidelberg, Neckarwiese Höhe Keplerstraße	Aufzug für ein humanes und aufgeklärtes Miteinander und eine evidenzbasierte Politik
19.3.2022 15:30-18 Uhr (alle zwei Wochen)	Kassel, Königsplatz	Demo – Grundrechte sind nicht verhandelbar
19.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
19.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
19.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
20.3.2022 14-17:30 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Augustaplatz	Kundgebung und Umzug - »Freiheit, Fülle, Selbstbestimmung statt Knappheit, Impfzwang, Teuerungswelle und Versorgungslockdown«
20.3.2022 18-20 Uhr (jeden So)	Falkensee, Alte Stadthalle	Gottesdienst für Grundrechte und Wissenschaftlichkeit
20.3.2022 14:30-17 Uhr (jeden So)	Köln, Heumarkt	Kundgebung für unsere Freiheit und Grundrechte
20.3.2022 17-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
21.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Aachen, Rathaus Markt	Spaziergang für Grundrechte
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anger/Oberbayern, Dorfplatz	Spaziergang mit Grundgesetz für die freie Republik
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Anklam, Marktplatz am Rathaus	Spaziergang gegen den Totalitarismus
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden 2., 3. und 4. Mo im Monat)	Bad Dürkheim, Wurstmarkt Parkplatz	Offenes Mikrofon – Miteinander reden, gemeinsame Wege finden
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Friedrichshall am Neckar, Rathaus	Spaziergang zum Ende des Corona-Regimes
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Bad Honnef/NRW, Rathausplatz	Spaziergang für die Menschenrechte
21.3.2022 18-10.1.2022 (jeden Mo)	Bamberg, Bahnhof	Spaziergang gegen die Corona-Auflagen und für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
21.3.2022 19-20:30 Uhr (jeden Mo)	Bayreuth, Rathaus	Kundgebung gegen die Zwangsimpfung
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Belgern/Sachsen, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
21.3.2022 12-14 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Nordufer 20	Mahnwache vor dem RKI
21.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Berlin-Karlshorst, Treskowallee Ecke Ehrenfelsstraße	Spaziergang für das Ende des Corona-Regimes
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berchtesgaden, Rathausplatz	Spaziergang für Demokratie, körperliche Unversehrtheit und gegen den Führerkult
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Berlin, Kaiserdamm/Witzlebenplatz	Abendläuten
21.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Brackenheim (Ba-Wü), Heilbronner Str./Bandhausstraße	Aufzug mit Abschlusskundgebung und offenem Mikro am Festplatz
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Bruchsal, Otto-Oppenheimer-Platz	Angemeldeter Spaziergang mit Grundgesetz
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Cottbus, Oberkirche	Lichterspaziergang für Frieden, Freiheit, Souveränität
21.3.2022 17-1 Uhr (jeden Mo)	Darmstadt, Mathildenplatz	Mahnwache gegen das Corona-Regime
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Dettingen/Erms, Rathaus	Spaziergang mit Kerzenschein
21.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mo)	Dresden-Löbtau, Conertplatz	Montagsdemo für Demokratie, Frieden und Freiheit
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eberswalde, Marktplatz	Kundgebung gegen die Corona-Maßnahmen
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Eisenhüttenstadt, Friedrich-Wolf-Theater	Spaziergang für die Republik
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Erfurt, Lutherdenkmal, Anger	Spaziergang für Grundrechte
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Erlenbach/Ba-Wü, Rathaus	Spaziergang für Menschenrecht, Republik und Wissenschaft
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Falkensee, Rathaus	Spaziergang gegen Hygienediktatur und Corona-Tyrannei für Grund- und Freiheitsrechte
21.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Görlitz, Postplatz	Versammlung für Grundgesetz und Demokratie
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Greifswald, Mühlentor	Demo für Normalität statt Ausnahmezustand, Nein zur Impfapartheid und für eine offene Gesellschaft
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Kirchheim bei München, Rathaus	Spaziergang für die freie Republik
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Konstanz, Marktstätte	Montagsspaziergang
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königswinter/NRW, Rathaus	Spaziergang mit dem Grundgesetz
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Königs Wusterhausen, Kirchplatz	Montagsspaziergang
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Lahr/Schwarzwald, Rathausplatz	Spaziergang gegen das Corona-Regime
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Landshut, Ländertorplatz	Spaziergang mit Grundgesetz, Kerzen und Laternen
21.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Leer/Ostfriesland, Denkmalsplatz	Montagsspaziergang
21.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Magdeburg, Domplatz	Montagsdemonstration für das Grundgesetz
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Mannheim, Ehrenhof des Schlosses	Montagsspaziergang -Gemeinsam gegen Totalitarismus
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Marbach am Neckar, Schillerdenkmal	Spaziergang für Demokratie, Gewaltenteilung und Grundrechte
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	March/Breisgau, Bürgerhaus	Spaziergang gegen das Corona-Regime
21.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Neuenstadt am Kocher, Lindenplatz	Spaziergang zum Sturz der Regierung
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Norderstedt, Kino Spektrum	Spaziergang mit dem Grundgesetz
21.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Nürnberg, Kornmarkt	Nürnberg bewegt sich
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Öhringen im Hohenlohischen, Alte Sporthalle	Spaziergang für die Republik
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Oettingen, Rathaus	Spaziergang mit Grundgesetz
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Oranienburg, Schloßplatz	Kundgebung für Grundrechte und Beendigung des Lockdowns
21.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mo)	Osterrönfeld/Schleswig-Holstein, Bürgerzentrum	Montagsspaziergang mit Kerzen und Grundgesetz
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Papenburg, Antoniuskirche	Montagsspaziergang für Grundrechte
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Pforzheim, Marktplatz	Grundgesetzkonformer Spaziergang für die freie Republik
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Potsdam, vor dem Filmmuseum	Mahnwache gegen Grundrechtsverletzungen, Überwachung und Kriegstreiberei
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Prien am Chiemsee, vor dem Rathaus	Montagsspaziergang zum Kennenlernen und Pläneschmieden
21.3.202218-20 Uhr (jeden Mo)	Rennerod, Hubertusplatz	Spaziergang gegen die Zwangsimpfe und für Demokratie auch in Deutschland
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rotenburg (Wümme), Heimathaus in der Burgstraße	Spaziergang für Frieden, Freiheit und Selbstbestimmung
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Rottweil, Markt	Spaziergang für Grundgesetz, Gesundheit und das Ende des Maßnahmen-Regimes
21.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mo)	Sauerlach/Bayern, Markt	Spaziergang für zur Beendigung des Corona-Regimes
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Seeheim-Jungenheim, Rathaus	Demo für freie Impfentscheidung
21.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Senftenberg, Marktplatz	»Senftenberg is Resistance« – Spaziergang für Freiheit
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Siegen, Hauptbahnhof, hinter der Unterführung	Spaziergang mit Musik, Gesang und Grundgesetz
21.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mo)	Stadthagen, Marktplatz	Montagsdemo mit Pfeifen und Trompeten
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Tettnang beim Bodensee, Rathausplatz	Spaziergang für die Republik, die Freiheit und zivilisierten Umgang
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Vaterstetten in Oberbayern, Rathaus	Spaziergang für die freie Bundesrepublik
21.3.2022 18:30-21 Uhr (jeden Mo)	Villingen-Schwenningen, Am Alten Rathaus	Spaziergang mit Kerzen und Verfassung
21.3.2022 18:30-20:30 Uhr (jeden Mo)	Walsrode/ Heidekreis, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die freie Republik
21.3.2022 18-21 Uhr (jeden Mo)	Wesseling/NRW, Sankt Germanus Kirche	Demo für das Grundgesetz
21.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mo)	Wismar, Markt	Versammlung gegen Zwangsimpfung und für das Ende des Notstands-Regimes
21.3.2022 18:30-20 Uhr (jeden Mo)	Wolfratshausen, Sauerlacher Straße Ecke Schießstätterstraße	Montagsspaziergang gegen die Impfpflicht
21.3.2022 19-21:30 Uhr (jeden Mo)	Zehdenick (Brandenburg), Marktplatz	Demo und Kundgebung für die Grundrechte
21.3.202218-19:30 Uhr (jeden Mo)	Zwickau, Frauentor gegenüber Ringcafé	Montagsdemo, Wir müssen reden!
22.3.2022 16:30-18:00 Uhr (jeden Di)	Berlin, Hermann-Ehlers-Platz und dem Mittelstreifen der Schlossstraße	Schilderaktion
22.3.2022 18-21 Uhr (jeden Di)	Bernau bei Berlin, Rathaus	Spaziergang gegen die Corona-Maßnahmen
22.3.2022 18-20 Uhr (jeden Di)	Ortenberg/Hessen, Marktplatz	Spaziergang für Grundrechte, Gewaltenteilung und die freie Republik
22.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Scharbeutz, Seebrücke Haffkrug	Spaziergang - »Wir gehen nicht mit Euch baden«
22.3.2022 18-19 Uhr (jeden Di)	Vechelde, Rathaus	Spaziergang zum Sturz der Regierung
22.3.2022 19-21 Uhr (jeden Di)	Wesel am Niederrhein, Martinistraße 6-8	Spaziergang gegen das Corona-Regime
23.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Geisa, Am Kulturhaus	Spaziergang mit Grundgesetz
23.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Heidelberg, Schwanenteichanlage	Demo gegen die Zwangsmaßnahmen für die Mitarbeiter in medizinischen Einrichtungen
23.3.2022 18-20 Uhr (jeden Mi)	Königswinter-Oberpleis/NRW, Rathaus	Spaziergang für die Republik
23.3.2022 17-19 Uhr (jeden Mi)	Landshut, Martinskirche	Andacht für die Republik mit Gesang und Gebet
23.3.2022 19-21 Uhr (jeden Mi)	Mehrhoog/NRW, Begegnungsstätte	Demo für Grundrechte, Republik und die Freiheit
23.3.2022 17:30-20 Uhr (jeden Mi)	München, Ort wird noch bekannt gegeben, München Steht Auf	Shoppen gehen mit Grundgesetz zum Sturz der Regierung
23.3.2022 18-19:30 Uhr (jeden Mi)	Neckarsulm, Felix-Wankel-Straße/Marktstraße	Treffen zum Kennenlernen und Pläneschmieden
23.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Mi)	Ohlstadt/Oberbayern, Maibaum im Oberdorf gegenüber vom Rathaus	Mittwochsspaziergang zum Sturz des Corona-Regimes
24.3.2022 16:00-18 Uhr (jeden Do)	Berlin-Charlottenburg, Wilmersdorfer Str./Goethestraße	Bürgerinitiative Nachbarschaftsdialog
24.3.2022 17:30-19 Uhr (jeden Do)	Hanau, Großauheim, Rochusplatz	Mahnwache für Grundrechte
24.3.2022 19-21 Uhr (jeden Do)	Hennef/Sieg, Rathaus	Spaziergang für das Grundgesetz und die Menschenrechte
24.3.2022 18:30-21 Uhr	Landsberg/Saalekreis, Markt	Spaziergang zur Beendigung des Corona-Regimes
24.3.2022 18-19 Uhr (jeden Do)	Poing, Marktplatz, direkt am S-Bahnhof	Versammlung für Wahrheit, Frieden, Freiheit und Toleranz
25.3.2022 16-19 Uhr (jeden Fr)	Bargteheide, Markt/Stadtpark	Mahnwache für das Ende des Corona-Regimes
25.3.2022 18-20 Uhr (jeden Fr)	Raesfeld/NRW, Rathausplatz	Demo gegen die Corona-Maßnahmen und für die Republik
26.3.2022 14-17 Uhr	Aalen, Marktplatz	Demo und Kundgebung gegen den Maskenzwang und eine freie Impfentscheidung
26.3.2022 11-14 Uhr (jeden Sa)	Celle, Neumarkt	Umzug und Kundgebung für Wahrheit und Freiheit
26.3.2022 15-19 Uhr (jeden Sa)	Düsseldorf, Johnnes-Rau-Platz	Umzug und Demo gegen den Impfzwang
26.3.2022 15-18 Uhr (jeden Sa)	Eberbach, Leopoldsplatz	Zusammenkunft für Menschlichkeit, Frieden und Naturrechte
26.3.2022 13-18 Uhr (jeden Sa)	Emden, Hafentorplatz	Grundrechtsdemo
26.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Freiburg im Breisgau, Platz der Alten Synagoge	Demoaufzug für Frieden, Freiheit, Menschlichkeit und Vernunft
26.3.2022 14-17 Uhr (jeden Sa)	Fulda, Universitätsplatz	Demo für Frieden und Freiheit
26.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Greiz, Brunnen vor dem Rathaus	Demo gegen die Corona-Maßnahmen
26.3.2022 18-20 Uhr (jeden Sa)	Kirchen (Sieg), Rathaus	Spaziergang für die Freiheit
26.3.2022 15:15-17 Uhr (jeden Sa)	Krumbach (Schwaben), Stadtgarten	Spaziergang mit dem Grundgesetz
26.3.2022 15:30-18 Uhr (jeden Sa)	Pforzheim, Marktplatz	Demo für Grundgesetz, Republik und Wissenschaftlichkeit
26.3.2022 16 -19 Uhr (jeden Sa)	Salzwedel, Rathausturmplatz	Spaziergang für das Grundgesetz
27.3.2022 14-17 Uhr (jeden So)	Baden-Baden, Reinhard-Fieser-Brücke	Kundgebung und Umzug - »Für die Freiheit: Auf die Straße«
27.3.202217-20 Uhr (jeden So)	Moormerland/Leer, Zur alten Kirche	Spaziergang für das Grundgesetz
2.4.2022 14-18 Uhr (jeder 1. Sa im Monat)	Berlin, Gesundbrunnen	Demo für einen freie Impfentscheidung und gegen unverhältnismäßige Corona-Maßnahmen – Wir sind Viele

Veranstaltungstermine bitte an die E-Mailadresse *veranstaltung@demokratischerwiderstand.de* senden.
Aktuelle Informationen: https://nichtohneuns.de + NEWSLETTER ABONNIEREN

GESICHT ZEIGEN!

16. März 2022 am Brandenburger Tor in Berlin: Das sind die Menschen, die den Auftakt zur Demowoche gegen den Impfzwang-Beschluss des Bundestags machten. | Von Hannes Henkelmann

JACQUELINE, SÜDPFALZ

Ich komme aus der Südpfalz, bin aktiv bei dieBasis. Heute bin ich in Berlin, weil ich es für wichtig halte, allen Widrigkeiten zum Trotz immer wieder Gesicht zu zeigen. 2020 hat man uns »aus Infektionsschutzgründen« mit Wasser beworfen. Es darf nicht sein, dass uns ein Recht nach dem anderen genommen wird. Mein Körper gehört mir!

JOHANNES, JENA

Ich bin hier, um gegen die Impfpflicht zu demonstrieren, weil sie gegen das Grundgesetz verstößt, in die Menschenwürde eingreift und in die körperliche Unversehrtheit des Menschen. Es ist nicht einmal geklärt, ob die Impfung überhaupt irgendeinen Schutz bietet. Diese Impfpflicht darf niemals kommen.

AXEL, BERLIN

Ich gehöre zu den letzten 30 Prozent, zu jenen, die sich nicht impfen lassen werden. Wir befinden uns längst in einem Krieg. Dieser Krieg gegen die gesamte Menschheit muss beendet werden. Laut vielen unabhängigen Experten handelt es sich bei dem Virus um eine Biowaffe, und die zweite Biowaffe ist die Impfung! Ich war letztes Jahr auf vier Beerdigungen – drei der Todesfälle standen im zeitlich nahen Zusammenhang mit der »Impfung«. Kein Verstorbener wurde untersucht. Es gibt also hunderttausend Gründe, um auf die Straße zu gehen.

SABRINA, BERLIN

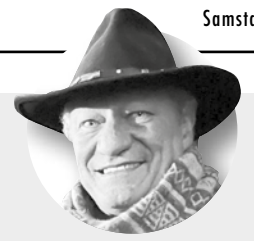
Ich bin 48 Jahre alt, Krankenschwester, habe 25 Jahre Intensiv- und Anästhesieerfahrung. Nun bin ich arbeitslos, da ich mich nicht impfen lasse. Ich bin für den Arbeitsmarkt nicht mehr interessant. Meine ganz klare Botschaft ist: Wenn die Politiker ihren Job verantwortungsvoll ausführen möchten, dann müssen sie gegen diese Impfpflicht stimmen. Eine andere Möglichkeit gibt es nicht. Wir haben die Fakten auf dem Tisch.

Maria, Leipzig

Mein Statement: Ich bin hier, um Gesicht zu zeigen für die Freiheit, um für die Freiheit der folgenden Generationen auf die Straße zu gehen. Ich setze mich dafür ein, dass unsere Kinder in Frieden aufwachsen können, ohne Angst. Ich will auch Gleichgesinnte kennenlernen, mich vernetzen mit Menschen, die ähnliche Vorstellungen von einem freiheitlichen Leben haben. Liebe Grüße noch an Brigitta!

Klaus-Jürgen Bruder, Berlin

Ich bin bisher fast auf jeder Demonstration gewesen. Heute sind weniger Menschen da, aber die Stimmung ist gut. Wir haben auch tolle Redner hier. Mich bewegt aber die Frage sehr, warum sich die Bevölkerung immer noch so behandeln lässt und nicht auf die Straße geht. Warum machen so viele bei diesem Theater noch mit, auch aktuell beim Ukraine-Konflikt?



DIE VERGESSENE WÜRDE

KOLUMNE FREUND UND HELFER | *Von Polizisten für Aufklärung*

Das wahre Leben als Polizeikommissar-Anwärter beginnt mit einem Schwur, der in Hessen heißt: »Ich schwöre, dass ich das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland und die Verfassung des Landes Hessen, sowie alle in Hessen geltenden Gesetze wahren und meine Pflichten gewissenhaft und unparteiisch erfüllen werde, so wahr mir Gott helfe.«

Jeder Polizist und die Mehrheit der Bevölkerung wissen: Das wichtigste Gesetz ist das Grundgesetz, dessen erster und wichtigster Artikel lautet: Die Würde des Menschen ist unantastbar.

Dass diese Würde in Deutschland in vielerlei Hinsicht angetastet wird, kann kaum übersehen werden, auch wenn die juristischen Definitionen für Bürgerinnen und Bürger, mit und ohne Uniform, gleichermaßen schwer verständlich sind. Die Definition des Begriffs auf Basis des gesunden Menschenverstands ist nicht nur verständlicher, sondern führt auch im Dienst zu Entscheidungen, die fast immer auch in rechtlicher Hinsicht richtig sind.

Das intuitive Gefühl sagt den Menschen sehr deutlich, wenn sie sich in ihrer Würde als Mensch verletzt fühlen. Und das trifft nicht nur Menschen aus der Bevölkerung allgemein, sondern auch und insbesondere Polizistinnen und Polizisten.

Konkret: Wenn ich während einer Ausgangssperre meine Tochter im Nachbarort bei ihrem Freund abhole und Angst habe kontrolliert zu werden, spüre ich den Eingriff in meine Würde. Wenn man mir anordnet, dass ich an der frischen Luft eine Maske tragen muss, spüre ich den Eingriff in meine Würde. Wenn man mir anordnet, bei einer Versammlung den Abstand zwischen den Menschen mit einem Zollstock zu messen, spüre ich den Eingriff in meine Würde.

Aber wenn alle Polizisten geschworen haben das Grundgesetz zu wahren, warum lassen sie dann all diese Eingriffe in die Würde zu? Um diese Frage zumindest im Ansatz beantworten zu können, muss man möglicherweise selbst Polizist sein.

Weitere Artikel auf echte-polizisten.de

Der Verein Polizisten für Aufklärung ist im Internet unter www.echte-polizisten.de zu erreichen.

Die Geschichte einer Polizeikontrolle

oder »Ich bin Russe, und mein Opa ist Ukrainer« | Von Hannes Henkelmann

In Minden spreche ich mit Alexander und seinem Sohn Ilja über Lehrer, die nerven, Masken, die stinken und Demos, die was bringen.

Stellen Sie sich doch bitte vor!
Alexander: Mein Name ist Alexander, ich bin 49 Jahre alt, verheiratet und habe zwei Söhne im Alter von sechs und zehn Jahren. Ich arbeite als Maschinenführer in der Schokoladenproduktion. Ich bin in Kasachstan geboren und lebe seit 1995 in Deutschland.

Ilja: Mein Name ist Ilja, ich bin zehn Jahre alt. Ich gehe in die fünfte Klasse. Und mein Hobby ist Fußball. Ich bin auch im Verein.

Warum gehst Du mit Papa auf Demos?
Ich will mich nicht impfen lassen. Die meisten in meiner Klasse sind geimpft, schon zweimal durch und so. Nur vier Kinder sind ungeimpft. Und mein Lehrer fragt oft, wann ich mich denn impfen lassen werde. Das nervt.

Und ich gehe auf die Demos, weil ich in der Schule die Maske tragen muss. Sechs Stunden lang. Die Maske wird sehr schnell feucht, und dann fängt sie an zu stinken. Und bei Doppelstunden kann ich die nicht wechseln und muss da mit einer nassen Maske sitzen. In meiner Schule, da gibt es Kinder, die sagen, das ist Schwachsinn, diese Demos. Die bringen gar nichts. Aber ich lasse mich nicht überreden, ich gehe weiter auf die Demos, weil ich weiß, dass sie schon was ändern können.

Alexander, können Sie kurz schildern, was Sie und Ihr Sohn vor Kurzem erlebt haben?
Während einer Demo wurde ich von einer Polizistin angesprochen, meine Maske säße nicht richtig. Sie hätte mich beobachtet, und das wäre jetzt meine letzte Verwarnung. Ich antwortete, ich hätte noch keine erste Verwarnung gehabt. Leider hatte sie keinen Humor. Mein Sohn und ich mussten raus aus dem Demozug, wurden am Rand von einigen Polizisten umzingelt. Es gab eine laute Diskussion, die Polizistin hat mich einige Male angeschrien. Wir mussten dort 20 Minuten stehen. Und ich bekam eine Ordnungswidrigkeit.

Vater und Sohn in einer polizeilichen Maßnahme. Im Hintergrund ein Mahnmal gegen den Faschismus.

Ilja, magst Du mir erzählen, wie Du die Situation erlebt hast? Du standest da ja mittendrin. Wie hast Du Dich gefühlt?
Also, ich hatte ein ganz bisschen Angst, weil von jeder Seite da ein riesengroßer Polizist stand. Und weil ich so eingekesselt war. Aber Papa war ja zum Glück auch da.

Hat Dich ein Polizist angesprochen, Dich irgendwie beruhigt?
Nein. Ich habe dann einfach mit meinem Handy gespielt. Und die Polizistin, mit der Papa Ärger hatte, hat mich ständig beobachtet. Viele Polizisten sind okay, sagen ganz normal »ziehen sie bitte die Maske über die Nase«, aber manche – diese bösen Polizisten – ziehen einen sofort raus und geben eine Strafe. Ach, früher wollte ich auch mal Polizist werden, jetzt nicht mehr.

Ilja, was hältst Du denn von der Idee, dem Chef der Polizisten, die auf der Demo waren, einen Brief zu schreiben und das Foto dazu zu legen?
Hm, ja, könnte ich machen.

Alexander, seit Kurzem haben wir Krieg in der Ukraine. Hat das Ihr Leben als Aussiedler in Deutschland beeinflusst?
Mich persönlich nicht. Einmal gab es auf der Schicht einen blöden Spruch. Spruch zurück und fertig. Nur bei meiner Frau auf der Arbeit gab es Probleme. Sie ist Pflegerin und hatte eine ältere Patientin, die sie seit fünf Jahren betreute. Sie hatten immer ein gutes Verhältnis, aber als der Krieg ausgebrochen ist, sagte sie zu meiner Frau, sie sollte abhauen nach Russland. Dann hat meine Frau die Betreuung beendet.

Und was hast Du erlebt, Ilja?
Sehr viele Kinder in meiner Klasse sagen, die Russen würden bald nach Deutschland kommen, uns Angst einjagen und uns alle umbringen. Ich habe aber keine Angst, denn meine Eltern haben mir sehr viel erklärt. Am Mittwoch sollten wir auf eine Demo für die Ukraine gehen, aber ich bin zu Hause geblieben.

Kennst Du denn Ukrainer?
Ja, mein Opa ist Ukrainer.

Der tapfere Ilja kam eine Woche später wieder zur Demo. *Fotos: Georgi Belickin*

Hannes Henkelmann ist Sozialarbeiter und Fotograf. Er führt die DW-Alltagsinterviews.

Briefe an die Redaktion

NICHTS GEWUSST?

Nach Ende des Dritten Reiches redeten sich viele heraus: »Wir haben davon nichts gewusst.« Heute glaube ich das. In meinem Umfeld leben Menschen, denen jeglicher Bezug zur Realität fehlt. Wer nur den »Goebbels Harfen« lauscht, Augen u. Ohren für alles andere verschließt oder als »Feind Propaganda« abtut, der weiß auch heute nichts von den Verbrechen, die im Namen der Virusbekämpfung begangen werden.
– Brunhilde

ARSCHLECKENDE SUBKULTUR

In einer der letzten Ausgaben war ein Musiktipp drin: »Triage – Neue Normaltät«. Das habe ich mir gleich mal angehört – was für ein super Tipp. Über diesen Künstler bin ich zu anderen kritischen deutschen Rappern gelangt. Ich war erstaunt, wie viele kritische Stimmen es in dieser Musikrichtung gibt, die ganz ohne vulgäres Vokabular auskommen. Ich höre schon seit 25 Jahren Hardcore und Punkrock. Ich habe immer gedacht, dass das die revolutionäre Subkultur ist und bleibt, aber Pustekuchen. Im Deutschpunk, Hardcore und Metal gibt es quasi keine kritischen Stimmen mehr in Deutschland. Was ist in Deutschland schief gelaufen, wenn die sogenannte Subkultur dem Staat den Arsch leckt? Ich kann das nicht verstehen. Werdet Rap-Fans!
– Adrian, Schopfheim

MONTAGS BLEIBT DAS LICHT AN!

Ich gehe montags spazieren. Es ist wirklich schlimm, wie die Ordnungshüter sich strafbar machen. Die hatten in der ganzen Stadt einfach die Beleuchtung ausgeschaltet. Wir sind langsam weiterspaziert, die Polizei fuhr mit den Autos durch uns, wir mussten aufpassen, das war die Hölle. Viele sind gestürzt, ich auch. Die wollten uns Angst machen. Wir haben keine Angst, nächstes Mal nehmen wir Taschenlampen mit!
– Annamaria, Walldorf

FRIEDEN FÜR ALLE

Auch ich finde Krieg scheiße. Des weiteren finde ich, wir auch-Friedensbewegten sollten den wild aus dem Boden sprießenden hellblau-gelben Friedensdemonstranten das Thema Frieden nicht tatenlos überlassen. Die Vorgenannten haben allzu lange weggeschaut in den vergangenen 8 Jahren, sich abgewendet von der ukrainischen Arbeitsverweigerung in Bezug auf Minsk-2 und sich blind gestellt in Bezug auf den Beschuss dieser Volksrepubliken. Und jetzt, wo das Maß übergelaufen ist und der große Bruder eingreift, fangen sie an, dieses Machtspiel nicht mehr lustig zu finden. Meiner Meinung nach gehören jetzt auch viele Fahnen von DVR (Donezker Volksrepublik) und LVR auf die Demos und das Leid und der verschwiegene Krieg dieser Menschen seit 2014 in die öffentliche Debatte. Mal sehen, was passiert, wenn sich Friedensdemonstranten zweier Lager begegnen.
MfG
– Lutz K., Wolfsburg

AUF DEM SCHIRM
t.me/DemokratischerWiderstandTelegram
instagram.com/demokratischerwiderstand
facebook.com: DemokratischerWiderstandZeitung
youtube.com: Demokratischer Widerstand

Ölmultis zocken uns ab

Ein Tsunami an Preissteigerungen erschüttert unser Land. Die Verantwortlichen in Politik und Medien sind ratlos. | Von Hermann Ploppa

Die bekannte Boulevardzeitung mit den vier Buchstaben hat die Antwort für die obszön hohen Benzinpreise: Mister Eintagesbart Christian Lindner, zurzeit Bundesfinanzminister, wird jetzt energisch durchgreifen! Er wird mit Steuererleichterungen dem kleinen Mann zu ganz großen Erleichterungen an der Benzinfront verhelfen. Schaut man im Detail, so findet sich wenig Konkretes.

Sein Kollege, Fracking-Minister Robert Habeck, tendiert eher zu mehr Sparsamkeit beim Konsum des schwarzen Goldes. Sonntagsfahrverbote. Und überhaupt: Sollen die da unten doch mehr Bahn und Bus fahren! Dumm nur, wenn der öffentliche Personenverkehr seit Jahrzehnten bis zur Unkenntlichkeit ausgedünnt worden ist, um die Leute zum Kauf eines eigenen Verbrenner-PKWs förmlich zu zwingen. Sollen die Pendler per Anhalter zum Arbeitsplatz gelangen?

Es ist wirklich zum Greinen. Die Energiepreise gehen gerade durch die Decke, und keiner hält sie auf. Gas kostete am Jahresanfang noch 94,51 Euro pro Megawattstunde. Am 11. März 2022 mussten wir bereits 130 Euro je Megawattstunde berappen. Strom gab es am Jahresanfang noch für 121,98 Euro je Megawattstunde. Am 11. März mussten wir 167,88 Euro dafür ausgeben. Super-Benzin E5 war am Jahresanfang noch für 172,12 Cent erhältlich. Jetzt zahlen wir schon 235 Cent für diesen Saft. Also glatt 60 Cent mehr innerhalb weniger Wochen, oder etwa 30 Prozent Aufschlag!

WER IST SCHULD AN DEN TEUERUNGEN?

Kein Wunder, dass sich jetzt die ersten LKW-Konvois auf den Weg machen im Protest gegen diese unverschämte Abzokke. Das ist natürlich auch wieder die Stunde der Ideologen aus der libertären Ecke, die eine schnelle Mark mit schnellen Erklärungen machen wollen. Da wird davon schwadroniert, dass der Staat Schuld sei und die Bürger ausnimmt wie eine Weihnachtsgans. Tatsächlich ist zum Jahreswechsel eine neue CO2-Abgabe eingeführt worden. Die schlägt für den Liter Benzin mit sieben Cent und für Diesel mit acht Cent zu Buche. Der Liter Super-Benzin hätte also zum Jahresanfang ohne CO2-Abgabe 164,12 Cent gekostet. Das macht den Kohl nun auch nicht fett. Schon im letzten Jahr war die Energiesteuer mit 65,45 Cent je Liter dabei. Die Mehrwertsteuer betrug schon immer 19 Prozent. Der Staat kann also nicht der Schuldige sein.

Ist Putin schuld? Einfache Antwort: nein! Denn Russland liefert weiter wie gehabt sein Öl an Deutschland – zu stabilen Preisen. Tatsächlich ist Russland mit einem Anteil von 34 Prozent der größte Zulieferer auf dem deutschen Energiemarkt. Es folgen die USA mit 12,5 Prozent. Dann kommt Kasachstan mit 9,9 Prozent, gefolgt von Norwegen mit 9,7 Prozent, sowie Großbritannien mit 9,4 Prozent. Die restlichen 24,5 Prozent verteilen sich auf andere Länder. Zwei Prozent stammen tatsächlich aus deutschen Landen, frisch in den deutschen Kolben gespritzt. Dann gibt es noch schlaue Köpfe, die die Preissteigerungen einem ungünstigen Dollar-Euro-Wechselkurs zuschreiben. In der Tat muss man für einen Euro im Moment 1,10 Dollar bezahlen.

ANDERE LÄNDER ANDERE SPRITPREISE

Aber das alles kann nicht einen derart unverschämten Preisaufschlag um 60 Cent in zehn Wochen erklären. Wenn wir uns mal in Europa umschauen sehen wir, dass die nordwesteuropäischen Länder extrem hohe Benzinpreise zahlen. Der ungarische Regierungschef Viktor Orban ließ den Benzinpreis indes auf 1,30 Euro »deckeln«. Ob das eine weise Entscheidung ist, bezweifeln dort zumindest die Tankstellenpächter. Aber auch in Tschechien wird der Liter Superbenzin für 1,47 Euro feilgeboten, und in Polen für 1,43 Euro. In Russland kostet der Liter Super-Benzin aktuell an der Tankstelle 0,42 Euro. Also ist Deutschland, genau wie beim Corona-Regime, ein Land von Masochisten? Jedenfalls hat der Preiswucher an deutschen Tankstellen rein gar nichts mit dem Öl-Angebot zu tun. Der Preis für ein Fass (Barrel = 159 Liter) der Sorte Brent kostete tatsächlich zeitweise 139,13 Dollar. Doch jetzt ist er schon lange wieder bei 100 Dollar angekommen.

DIE PROFITEURE DES CHAOS

Also: Wer hält hier so frech die Hand auf? Der Energieexperte Jürgen Albrecht vom ADAC sagt es in aller gebotenen Offenheit: »Trotz aller kriegsbedingten Sondereffekte und Erklärungen für die höheren Spritpreise – irgendwo zwischen Ölförderung und Tankstelle bleibt das zusätzliche Autofahrergeld hängen. Die Mineralölkonzerne verdienen im Raffineriegeschäft derzeit richtig gutes Geld.« Das hatten wir schon einmal im Jahre 1974. Damals versteckten sich die raffgierigen Mineralölkonzerne hinter ebenfalls nicht schlecht verdienenden Ölscheichs. Diesmal haben die Ölmultis die Presse so im Sack, dass sie selber gar nicht mehr ins Rampenlicht geraten. Und die Bundesregierung spielt Blinde Kuh dazu.

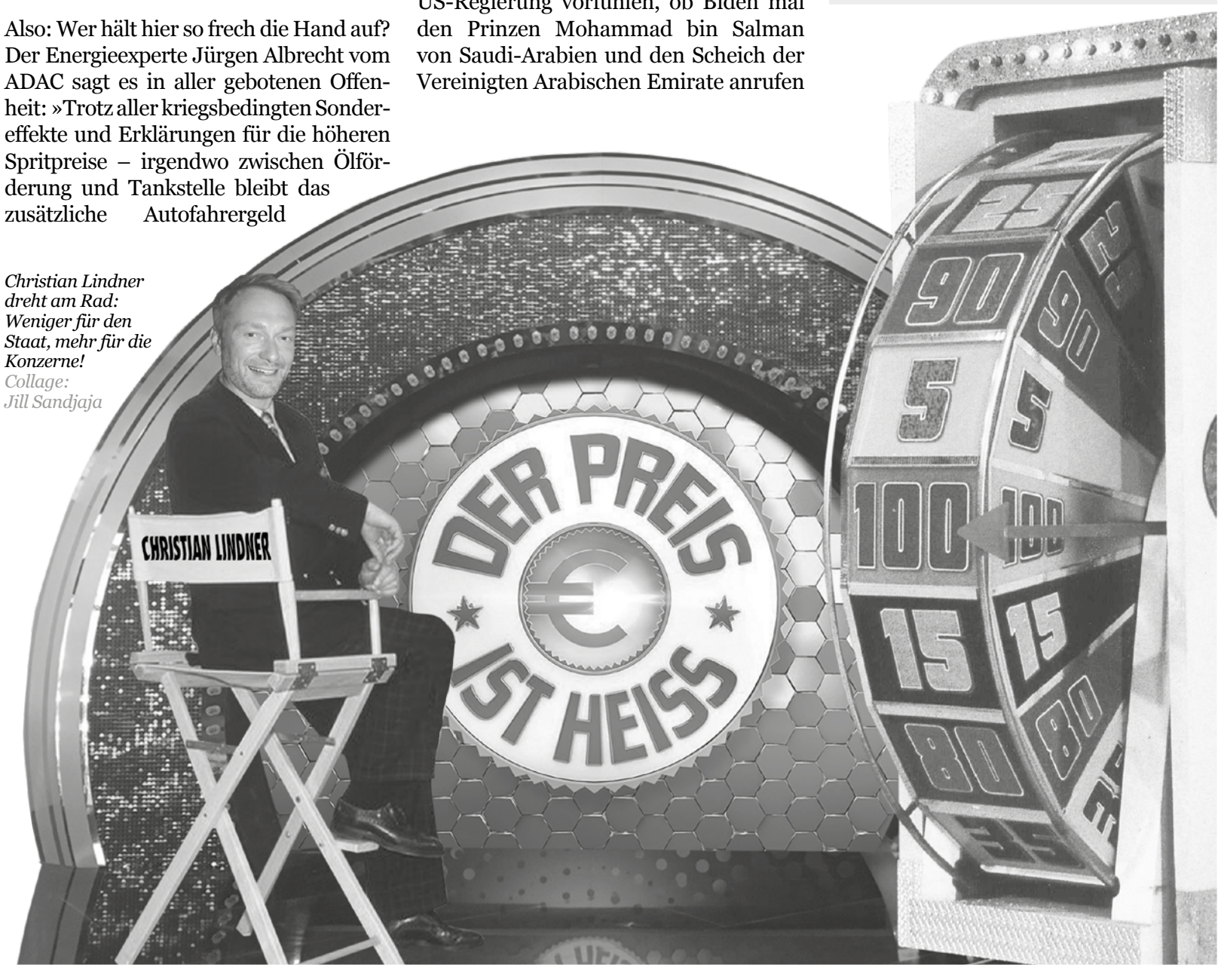
Trotz aller Schiebungen spielt aber auch das klassische Motiv von Angebot und Nachfrage dann doch noch eine gewisse Rolle. Denn in Ostasien ist der Durst nach Öl in den letzten Jahren enorm angestiegen. So hat sich die Volksrepublik China in einem Liefervertrag über 50 Jahre ein bedeutendes Segment des Fördervolumens des Scheichtums Saudi Arabien gesichert. Und dieses Volumen wird zukünftig nicht mehr in US-Dollar abgewickelt, sondern in der chinesischen Währung Renminbi. Ein derber Leberhaken für das US-Imperium, das seine ungedeckten Dollars nur durch die weltweiten Öl-Transaktionen einigermaßen stabilisieren kann.

Und nun hat US-Präsident »Sleepy Joe« Biden ja beschlossen, in Zukunft auf russisches Öl verzichten zu wollen, was man von uns Europäern schon lange fordert. Und dann fiel ihm oder seinen Betreuern ein, dass das geliebte Öl dann teurer wird. Jetzt hofieren die USA auf einmal die eben noch verteufelte Regierung von Venezuela unter Nicolas Maduro. Und auch der Iran ist plötzlich so ungeheuer attraktiv. Doch zunächst ließ die US-Regierung vorfühlen, ob Biden mal den Prinzen Mohammad bin Salman von Saudi-Arabien und den Scheich der Vereinigten Arabischen Emirate anrufen dürfe, um über eine Steigerung der Ölfördermenge zugunsten der USA zu sprechen. Die Ölscheichs sagten: Nein, mit den Amis wollen wir nicht mehr reden. Um sodann sofort mit Russlands Präsidenten Putin zu telefonieren. Seitdem die OPEC-Mitglieder de facto Russland in ihr Ölkartell mit aufgenommen haben, verstehen sich die ungleichen Partner hervorragend.

BIS DASS DER TOD SIE SCHEIDET

So schaut es aus auf der geopolitischen Bühne. Die deutsche Bundesregierung klammert sich indes heftiger denn jemals zuvor an die sterbende Supermacht USA und will sich partout mit ihr zusammen in unverbrüchlicher Nibelungentreue in den Sarg legen. Währenddessen geht die einheimische Wirtschaft leise weinend zugrunde. Die ersten Fabriken haben schon geschlossen wegen Energiemangel. Die Menschen draußen im Lande müssen mittlerweile immer mehr von ihrem kargen Lohn für das nackte Überleben ausgeben. Eine Verarmung im Turbomodus. Die Berliner »Hampel-Koalition« hat bisher kein Konzept vorgelegt, wie diesem Übelstand beizukommen ist. Wichtiger ist es offensichtlich, unsere amerikanischen »Partner« und die Mineralölkonzerne zu bespaßen. Das finden wir gar nicht lustig.

Hermann Ploppa ist Buchautor und Chef des Wirtschaftsressorts dieser Zeitung.



Christian Lindner dreht am Rad: Weniger für den Staat, mehr für die Konzerne!
Collage: Jill Sandjaja

MELDUNG

AFGHANISCHES VERMÖGEN VOM WERTEWESTEN GESTOHLEN

Berlin/DW. In westlichen Ländern lagern annähernd zehn Milliarden US-Dollar Vermögen der afghanischen Zentralbank. Die werden jetzt dringend in Afghanistan benötigt, um eine humanitäre Katastrophe zu verhindern. Die westlichen Banken geben das Geld allerdings nicht heraus. US-Präsident Joe Biden hat stattdessen verfügt, dass von den in den USA angelegten sieben Milliarden US-Dollar afghanischen Zentralbankgeldes die Hälfte abgezweigt werden soll für die Opfer der Anschläge vom 11. September 2001. In Afghanistan spricht man von offenem neokolonialen Diebstahl. In Afghanistan droht aktuell einer Million Menschen der Hungertod. (hpl)

NEUES VON DER OSTFRONT

Moskau/DW. Offenbar macht die Rote Armee weiter erhebliche Geländegewinne. In Mariupol hat indes der Häuserkampf begonnen. 30.000 Menschen sollen am 22. Kriegstag aus der Industriestadt geflohen sein. Nach russischen Angaben versperrten ukrainische Milizen zuvor die Flucht. Das bekannte Theater von Mariupol wurde zerstört. Beide Seiten beschuldigen sich gegenseitig dieses erbärmlichen Frevels. Kiew ist von drei Seiten nahezu umzingelt, einzig die Ostseite ist auf weiter Flur frei. Regierungschefs von Polen, Tschechien und Slowenien kündigten Dienstag an, per Zug nach Kiew reisen zu wollen. Unklar, ob die Reise ins Kriegsgebiet tatsächlich stattfindet. Zuletzt hieß es per Textbotschaft, man habe Lemberg passiert. Dort hatte die russische Luftwaffe kurz zuvor ein Camp westlicher Freischärler zerstört. Die USA verlegen weiter Panzer aus der BRD und Italien nach Osteuropa. Am Flughafen von Pisa bestreikten Transportarbeiter die US-Waffentransporte. In der Nacht von Mittwoch auf Donnerstag wurden russische Landungsboote vor Odessa gesichtet. (ale)

KRYPTO-SEGEN FÜR DIE UKRAINE

Kiew/DW. Laut einer Meldung des Nachrichtenportals Yahoo wurden in den letzten Wochen Kryptowährungen im Wert von 100 Millionen US-Dollar an die Ukraine gespendet. Zu den Empfängern der großzügigen Zuwendungen gehören unter anderem die ukrainische Regierung, mehrere Hilfsorganisationen aber auch militärische Organe. Das ukrainische Ministerium für digitale Transformation verkündete unmittelbar als Reaktion auf die virtuelle Geldschwemme die Legalisierung des Krypto-Sektors. Von nun an können ausländische und ukrainische Krypto-Börsen Bankkonten im Land einrichten und ganz legal ihren Geschäften nachgehen. (ber)

WERDEN DEUTSCHE UNTERNEHMEN IN RUSSLAND VERSTAATLICHT?

Ausländische Unternehmen, die wegen der Sanktionen ihre Filialen in Russland schließen, müssen mit Enteignungen rechnen. | Von Hermann Ploppa

Das war ein Schock. Der stellvertretende Vorsitzende des russischen Sicherheitsrats Dmitri Medwedew verkündete vor kurzem, man könne sich die Verstaatlichung westlicher Unternehmen in Russland durchaus vorstellen. Denn im Zusammenhang mit den kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Russland und der Ukraine hatte eine Reihe ausländischer Unternehmen ihre Produktion im Riesenreich eingestellt.

Ein Gesetz für diese Art von Verstaatlichungen gibt es bislang noch nicht. Aber das russische Parlament, die Duma, könnte dieses Gesetz jederzeit auf den Weg bringen. Man würde zunächst die zurückgelassenen Fertigungsstätten für insolvent erklären und sie sodann rasch in russischen Staatsbesitz überführen.

Wie ernst ist diese Drohung zu nehmen? Immerhin machte sich bei betroffenen Unternehmen Beunruhigung breit. Es engagieren sich derzeit noch 3.651 Unternehmen in Russland mit 277.000 Mitarbeitern. Nicht gerade unbedeutend. Deutsche Direktinvestitionen in die russische Wirtschaft sind beträchtlichen Schwankungen unterworfen. Das hat mit den nicht unkomplizierten Beziehungen zu tun.

Laut russischer Zentralbank betrug das Investitionsvolumen deutscher Unternehmen im Jahre 2011 genau 23,123 Milliarden US-Dollar. Nach der Krim-Krise sackte das Volumen auf 13,846 Milliarden Dollar im Jahre 2015, um dann sukzessive wieder laut Auskunft der Deutschen Bundesbank im Jahre 2019 auf einen Umfang von 24,58 Milliarden Euro anzusteigen. Corona hat auch dieses Wachstum geschleift. Und jetzt dürfte eine noch größere Schrumpfung als nach der Krim-Krise 2014 zu erwarten sein.

REGIERUNG WILL SCHADENSBEGRENZUNG

Nun hat natürlich auch Medwedews Überlegung etwas für sich. Denn wenn die ausländischen Konzerne ihre Produktionsstätten einfach still legen und die Arbeiter ihrem Schicksal überlassen, ist das kein annehmbarer Zustand. Große Globalkonzerne wie der deutsche Autobauer VW sind allerdings in der Lage, Löhne auch nach der Stilllegung weiter zu bezahlen. Doch kleinere Unternehmen besitzen nicht das notwendige Polster. Im Angesicht von arbeitslosen Mitarbeitern und verrottenden Industrieanlagen muss die Regierung handeln.

Allerdings machen die Firmenleitungen von VW, Mercedes oder auch vom schwedischen Möbelhaus IKEA deutlich, dass sie ihre Produktion nur vorübergehend aussetzen wollen. Sie haben ein starkes Interesse an einer Weiterführung der Zusammenarbeit mit Russland. Es ist eher der übergeordnete geopolitische Zwang, der diese Konzerne zu ihrem Handeln zwingt. Ergibt eine Enteignung und nachfolgende Verstaatlichung ausländischer Fertigungskapazitäten in Russland denn überhaupt einen Sinn? Zunächst einmal ist davon auszugehen, dass der Westen auf eine solche Maßnahme mit entsprechenden Vergeltungsmaßnahmen reagieren würde, die russische Unternehmen hart treffen könnte. Dabei wäre der Schaden für Russland mit Sicherheit größer als für den Westen.

STAATLICHE SCHNAPSIDEE

Zudem: Was soll Russland mit einem vom Mutterkonzern entkoppelten VW-Werk in Kaluga anfangen? Das Werk in Kaluga wäre getrennt von Zulieferern in Deutschland. Der beständige technologische Transfer aus Wolfsburg würde entfallen und auch das erforderliche Management-Wissen wäre so schnell nicht zu ersetzen. In der arbeitsteiligen hochgradigen Vernetzung der globalisierten Wirtschaftsordnung sind solche Amputationen höchst riskant. Will man in Kaluga abgespeckte Lada-Variationen bauen? Dieses Beispiel lässt sich auf viele betroffene Unternehmen übertragen. Dagegen bliebe die Verstaatlichung der McDonald's Filialen volkswirtschaftlich gesehen folgenlos.

So hoffen vermutlich die russische Regierung als auch die deutschen Investoren in Russland gleichermaßen darauf, dass der Krieg bald beendet ist und alles weitergeht wie vor dem Krieg. Radikalisiert sich der Krieg und verhärten sich die Fronten in der Ukraine allerdings weiterhin, ist eine endgültige Entkoppelung unvermeidlich.

Schwimmende Fracking-Schleudern

Weil der Ausbau der deutschen Fracking-Terminals erst in einigen Jahren verwirklicht werden kann, sollen jetzt »schwimmende LNG-Terminals« die Lücke schließen.
Von Hermann Ploppa

Wir berichteten bereits in dieser Zeitung: Bundeswirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) will sanktionsbedingte Lieferausfälle von russischem Erdgas langfristig durch Import des umstrittenen *Fracking*-Gases aus den USA ersetzen. Dazu sollen LNG-Terminals in Stade, Brunsbüttel und Wilhelmshaven errichtet werden. Doch nun haben Habecks Meisterstrategen aus der Bundesregierung festgestellt, dass bei unserem typisch deutschen entschleunigten Tempo auf Baustellen diese Terminals »frühestens« ab 2024, wahrscheinlich aber eher ab 2026 fertig gestellt sein werden.

Unser geliebter ehemaliger Bundespräsident Joachim Gauck hat deshalb in der Fernsehsendung *maischberger. die woche* die Marschrichtung vorgegeben: »Wir können auch einmal frieren für die Freiheit. Und wir können auch mal ein paar Jahre ertragen, dass wir weniger an Lebensglück und Lebensfreude haben.« Und wir wissen ja, dass unsere Eliten für uns alle schon einmal vorbibbern und mit den Zähnen klappern werden. Die Ostdeutschen erinnern sich: Als sie noch mit Trabis aus Plaste und Elaste durch die Gegend fuhren, bekam Gauck von der DDR-Regierung einen Wessi-VW-Bus genehmigt. Ein vollkommen selbstloser Mann, dieser Gauck.

TEURER UND UMWELTSCHÄDLICHER

Nun naht rasche Abhilfe. Denn es gibt so genannte schwimmende Flüssiggas-Terminals mit Namen »Floating Storage and Regasification Units« (FSRU). Ein solches Schiff könnte bald in Wilhelmshaven vor Anker gehen und die dickbäuchigen Tanker aus den USA entladen. Das Flüssiggas sodann wieder in Gasform zurückverwandeln und schließlich in die *Pipelines* entlassen. Dieses Schiff könne im ersten Jahr zehn Milliarden Kubikmeter Gas in deutsche Röhren pressen. Zum Vergleich: *Nordstream* 1 liefert jedes Jahr 60 Milliarden Kubikmeter russisches Erdgas in deutsche Haushalte. Bleibt also für den nächsten Winter zunächst eine Lücke von 50 Milliarden Kubikmeter.

Das Erstaunliche ist, dass bereits im Jahre 2019 ein Vertrag des Energiekonzerns Uniper mit der japanischen Reederei Mitsui über genau diese Fördermenge geschlossen wurde – lange vor den Sanktionen gegen Russland. Grund war der Erpressungsdruck des damaligen US-Präsidenten Donald Trump. Die Deutschen sollten die Außenhandelsdefizite der USA gegenüber Europa durch Import von *Fracking*-Gas ausgleichen.

Passt ja jetzt wie Faust auf Auge. Die deutsche Umwelthilfe monierte, dass durch das LNG-Terminal in Wilhelmshaven jedes Jahr 17 Millionen Tonnen Kohlendioxid zusätzlich in die Atmosphäre entlassen werden. Das müssen wir für unsere Freiheit jetzt auch unter einem grünen *Fracking*-Minister Habeck hinnehmen. Zudem müssen wir uns jetzt buchstäblich warm anziehen. Sind die Wärmedecken schon vergriffen? Schauen Sie mal nach.

»Im Krieg ist die Wahrheit das erste Opfer.« *Foto: Sandra Doornbos*

Russlands Präventivschlag

Die westliche Berichterstattung zum Ukraine-Konflikt trieft vor Einseitigkeit und Desinformation. | Von Flo Osrainik

Am 24. Februar 2022 hat Russland mit einer »Militäroperation« zur »Entnazifizierung« und »Entmilitarisierung« der Ukraine begonnen. Für den Westen handelt es sich um einen »Angriffskrieg« und »Überfall«. Doch so einfach ist es nicht.

Nach dem vom Westen unterstützten Maidan-Putsch 2014, um den damaligen Präsidenten Wiktor Janukowytsch abzusetzen, begann ein Bürgerkrieg zwischen den neuen Machthabern in Kiew und der prorussischen Bevölkerung im Donbass mit den Rebellen-Regionen Donezk und Luhansk. Ein Krieg, der die Folge des vom Westen befeuerten Putsches mit Hilfe ukrainischer Nazis ist und über die Jahre anhielt.

Seit dem Beginn dieses Bürger- und Stellvertreterkriegs gab es um die 14.000 Tote. Nach Angaben der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) waren zuletzt sogar fast 75 Prozent der zivilen Opfer Bewohner der östlichen, nicht von Kiew kontrollierten Gebiete. Die ukrainische Armee mit Nazi-Einheiten wie dem rechten Sektor oder Asow scheint es wie zuletzt in Donezk auf die Zivilbevölkerung abgesehen zu haben, die sich von der Post-Putsch-Regierung abwendet. Der Westen wirft Russland dagegen vor, in der Ukraine ohne Rücksicht auf Zivilisten vorzugehen.

KEINE ANZEICHEN FÜR RUSSISCHE BESATZUNGSPLÄNE

Während die Nato bei ihren Kriegen im Irak, in Serbien oder Libyen auch die Infrastruktur niedergebombt hat, hat es Russland bisher hauptsächlich auf militärische oder strategische Ziele abgesehen, auch um die Lufthoheit rasch zu gewinnen. Zwar ist Russland in der Ukraine von der Truppenstärke unterlegen, allerdings dürfte das gegen eine Besatzung sprechen.

Außerdem versucht man zivile Opfer offensichtlich zu vermeiden, weshalb Städte bisher eingekesselt, anstatt mit Gewalt erobert wurden oder die Bevölkerung vor Angriffen militärischer Ziele in zivilen Gebieten gewarnt wird, um sich auch die Loyalität von Teilen der ukrainischen Bevölkerung zu bewahren. Für Kiew sind zerstörte Wohngebäude dagegen nützliche Propaganda.

Die russische »Militäroperation« erfolgte nur wenige Tage, nachdem Moskau die Volksrepubliken als souveräne Staaten anerkannt hat, woraufhin der russische Präsident Wladimir Putin Truppen nach Donezk und Luhansk schickte. Zwar befürworten die Einwohner nach Referenden im Mai 2014 mehrheitlich die Unabhängigkeit, dennoch wurde einem Sonderstatus gemäß den gescheiterten Minsker Vereinbarungen innerhalb der Ukraine zugestimmt.

SELENSKYJ WILL NICHT AUFGEBEN

Für den ukrainischen Präsident Wladimir Selenskyj stand dagegen fest, dass die Ukraine »niemals etwas aufgeben wird«. Russland versucht also mit Gewalt den Bürgerkrieg zu beenden und die prorussische Bevölkerung im Osten zu schützen. Oder so Russlands Außenminister Sergej Lawrow: »Wir stoppen jetzt jenen Krieg, den das Kiewer Regime seit mindestens acht Jahren gegen die Bevölkerung des Donbass führt.« Allerdings geht es Moskau nicht nur um den Status des Donbass, sondern auch um die Anerkennung der Krim als Teil Russlands und eine neutrale Ukraine.

Der Kreml könnte mit seinem Angriff vermutlich auch einer für März geplanten Offensive Kiews zur Rückeroberung des Donbass und der Krim zuvorgekommen sein. Jedenfalls würden von der ukrainischen Armee eingenommene Dokumente und Aussagen gefangener Offiziere entsprechende Pläne belegen. Auch ein verdeckter Einsatz von Biowaffen gegen Russland wäre möglich. Es sei »sehr wahrscheinlich«, dass ein Ziel der USA und ihrer Verbündeten die Entwicklung von Bioagenten ist.

GEFAHR DURCH US-BIOLABORE

Die stellvertretende US-Außenministerin Victoria Nuland gestand am 8. März 2022 öffentlich ein, dass es US-Biolabore in der Ukraine gibt. »Die Ukraine verfügt über biologische Forschungseinrichtungen, bei denen wir in der Tat besorgt sind, dass russische Truppen oder russische Streitkräfte versuchen könnten, die Kontrolle darüber zu erlangen.« Das Pentagon unterhält in Osteuropa, Asien oder Afrika Biolabore.

Auch die WHO riet der Ukraine, gefährliche Krankheitserreger zu zerstören, die in Gesundheitslaboren im Land untergebracht sind. Dabei ginge es aber nur um die Sicherheit. »Wie viele andere Länder verfügt die Ukraine über öffentliche Gesundheitslabors, die untersuchen, wie die Bedrohung durch gefährliche Krankheiten, die sowohl Tiere als auch Menschen betreffen, einschließlich Covid-19 gemindert werden kann.« Die Labors werden von den USA, der EU und der WHO unterstützt, so Reuters.

UKRAINISCHE DROHGEBÄRDEN VOR KRIEGSBEGINN

Ein weiterer Grund für die Intervention Moskaus dürfte aber auch die Drohung des ukrainischen Präsidenten vom 19. Februar 2022 auf der Münchner Sicherheitskonferenz gewesen sein. Wenn die Ukraine »hier und jetzt« keine Sicherheitsgarantien der Staaten des Budapester Memorandums bekäme, so Selenskyj in München, dann werde Kiew zum Status einer Atommacht zurückkehren. Nachdem die Nato in den letzten Jahren ein Raketenschild um Russland errichtet hat, würden die USA an ihren Grenzen vermutlich nicht eine Rakete tolerieren. Wie Putin einmal gesagt haben soll, hätte er in seiner Kindheit in Hinterhöfen gelernt: Wenn eine Schlägerei nicht mehr zu verhindern ist, schlage als Erster zu!

Russland scheint es in der Ukraine also nicht um einen schnellen Sieg ohne Rücksicht auf Verluste zu gehen, sondern darum, die Städte und die ukrainische Armee zu umzingeln, anstatt sie zu vernichten. Offen bleibt dann nur, wie es weiter und möglichst friedlich wieder raus geht.

Flo Osrainik ist als freier Journalist und Autor tätig. Er ist Mitglied der DW-Redaktion »Krieg und Frieden«.

MELDUNG

JERUSALEM IN FRIEDENSFARBEN

Jerusalem/DW. Die Altstadtmauer wird seit dem vergangenen Wochenende mit den Landesfarben der Ukraine und Russlands angestrahlt, dazu die Friedenstaube. In der »geteilten Stadt«, beziehungsweise »Stadt aller Glaubensrichtungen« sollen hochrangige Friedensverhandlungen stattfinden. Dies ist zumindest von Seiten der umstrittenen ukrainischen Administration offenbar mittlerweile gewünscht. Russland fordert eine neutrale Ukraine und die Akzeptanz der russophonen Gebiete sowie der russischen Sprache in der früheren Sowjetrepublik, die mit der Kiewer Rus eines der Gründungsgebiete Russlands darstellt. Es ist kaum vorstellbar, dass die Krim, Donezk und Luhansk in ein ukrainisches Staatsgebiet nach Kriegsende zurückgehen. Die ukrainische Regierung fordert den sofortigen Abzug der Invasionstruppen, signalisierte zuletzt aber Verhandlungsbereitschaft über die Bündnisfreiheit des Landes. (ale)

US-BIOWAFFEN: CHINA FORDERT AUFKLÄRUNG

Peking/DW. Am 14. März 2022 forderte die chinesische Regierung eine »vollständige Aufklärung der bio-militärischen Aktivitäten« der USA/Nato in der Ukraine. Die Erklärungen der amerikanischen Vertreter hierzu seien »widersprüchlich und verwirrend«. Biologische Kampfstoffe, zum Beispiel tödliche Virenentwicklung, sind verboten. Das erkannte zuletzt auch das US-Außenministerium an, das erklärte, die USA hätten weder in Amerika noch andernorts biologische Kampfstoffprogramme oder entsprechende Labore. Russland hatte im Zusammenhang mit seinem Feldzug mehrfach nahegelegt, die USA betrieben über 30 Biokampfstofflabore auf dem Territorium der Ukraine. Die US-Politikerin Victoria Nuland hatte dies unter Eid im Zuge eines Untersuchungsausschusses zugegeben. (ale)

STREIK GEGEN US-WAFFENLIEFERUNGEN

Pisa/DW. Laut mehrerer unabhängiger Meldungen sind Transportarbeiter des Flughafens Pisa am 16. März 2022 in Streik getreten, nachdem sie US-Waffen und Kampfmittel verladen sollten, die als »humanitäre Hilfe« deklariert worden waren. Das Ziel der Waffentransporte soll demnach Polen mit Ziel Ukraine sein. Die Gewerkschaft ruft die Bevölkerung Pisas für kommenden Freitag, 18. März, zur Belagerung des Frachtflughafens auf, wenn größere Mengen der US-Waffenlieferungen verladen werden sollen. Italien ist wie Deutschland seit fast acht Jahrzehnten mit Truppen vom amerikanischen Kontinent besetzt und gilt auch administrativ als US-Vasallenstaat. (ale)

STICHWORT DW-AKADEMIE
Diese Zeitung gründet eine Hochschule im Ausland: Die Akademie für qualifizierte Verfassungsdemokratie, AquaVD. Kontakt für Unterstützer: *akademie@demokratischerwiderstand.de* oder per Post an den Unterstützerverein KDW e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. Sie wollen gute Nachrichten verbreiten? Verteilen Sie diese Zeitung bei Ihrem Spaziergang. Ganz einfach hier ordern: demokratischerwiderstand/verteilen

»Es wird erst a wir alle nicht m

Der langjährige Fußball-Bundesliga-Profi TOBIAS LEVELS, un »Fohlenelf«, spricht Klartext über die Pandemie und die damit zu

Das Klischee sagt: Fußballprofis lesen nicht. Stattdessen sitzen sie in ihrer Freizeit lieber an der Spielkonsole oder beschäftigen sich mit Luxusuhren und teuren Autos. Auf Tobias Levels trifft das nicht zu.

Für Borussia Mönchengladbach, Fortuna Düsseldorf und den FC Ingolstadt absolvierte Tobias Levels von 2006 bis 2018 insgesamt 128 Bundesliga- und 126 Zweitligaspiele. Bei der »Fohlenelf« stand er gemeinsam mit den Nationalspielern Marc-André ter Stegen und Marco Reus auf dem Platz. Der flexibel einsetzbare Abwehrspieler galt als unermüdliche Kämpfernatur.

Levels Ehrgeiz beschränkte sich nicht allein auf den sportlichen Bereich. Levels war schon als Profisportler wissbegierig, wollte sich persönlich weiterentwickeln und bildete sich fort. »Ich weiß, dass ich auch in anderen Bereichen viel Potenzial besitze«, erklärte er selbstbewusst mit Blick auf sein Karriereende in den Arenen. Der 35-Jährige spricht fließend Englisch, Spanisch und ausgezeichnet Französisch.

Heute arbeitet Levels als holistischer (ganzheitlicher) Gesundheitsberater und vertreibt mit seiner *Foodmarke* »Maemae« vegane, zuckerfreie Produkte. In seinem *Podcast* (www.healthresolution.de) thematisiert er die Zusammenhänge von Ernährung und Gesundheit. Es handelt sich dabei sicher nicht um »Spinnerkram«, sondern um Inhalte eines Athleten, der sich auskennt. In einigen Episoden kommt er dezidiert auf die »Corona-Pandemie« zu sprechen. DW trifft Levels zum Exklusiv-Interview.

Herr Levels, am 30. September 2006 feierten Sie Ihr Bundesligadebüt. Kein Geringerer als Jupp Heynckes hatte Sie damals bei Borussia Mönchengladbach in den Profikader hochgezogen. 2018 beendeten Sie beim FC Ingolstadt Ihre Karriere – recht früh im Alter von nur 31 Jahren. Wie kam es dazu?
Levels: Mir hat es gereicht. Ich liebe Fußball, aber ich war müde von dem Geschäft drumherum. Ich war immer ein *Teamplayer*, der sich stets – sowohl auf dem Fußballplatz als auch außerhalb – einbringt und ans Limit geht. Zudem bin ich ein ehrlicher, aufrichtiger und direkter Typ. Das sind Attribute, die ich auch bei anderen zu schätzen weiß, die im Profifußball aber leider sehr selten sind. Da geht es vor allem um persönliche Eitelkeiten. Viele Menschen in diesem Geschäft haben kein Rückgrat, wollen nur ihren eigenen Arsch retten. Wenn ich Probleme erkannte, habe ich sie offen angesprochen, bin dabei aber immer wieder gegen Wände gerannt und kam deshalb zu dem Entschluss, die Fußballschuhe an den Nagel zu hängen.

Schon Ihr Abschied von der Borussia 2011 verlief nicht ganz reibungslos. Trainer Lucien Favre hatte Sie damals aussortiert …
Favre war inhaltlich einer der besten Trainer, die ich je hatte, menschlich jedoch unterirdisch. Er war mir gegenüber weder aufrichtig noch ehrlich und hat mehrfach sein Wort gebrochen.

Sie arbeiten inzwischen als Ernährungsberater. Wie läuft's?
Ich bin sehr zufrieden mit dem, was ich mache. Ich merke bei jedem einzelnen Menschen, mit dem ich zusammenarbeite, wie sehr ich helfen kann und wie wertvoll es ist, den Leuten Wissen über ihren Körper und die Ernährung zu vermitteln. Ich habe ein halbes Jahr lang mit Marco Reus zusammengearbeitet. Derzeit betreue ich unter anderem einen jüngeren Spieler vom VfB Stuttgart. Wir alle hängen zu 90 Prozent von dem ab, was wir essen. Mit der richtigen Ernährung kann man seine Leistungs- und Regenerationsfähigkeit enorm verbessern und eine Vielzahl von Krankheitsbildern vermeiden.

In Ihrem Podcast bezeichnen Sie die Corona-Pandemie als »Volksverarsche«. Warum?
Mir war vom ersten Tag an klar: Die Pandemie ist ein *Fake*, ein Bluff, eine Riesentäuschung. Allein die Rhetorik von Politik und Medien reicht als Beweis: Es ging nur darum, Angst und Panik zu verbreiten. Das war kein Zufall, sondern von langer Hand geplant. Es ging nie um unsere Gesundheit – das hat man uns nur eingeredet – sondern einzig und allein um Geld, Macht und Kontrolle.

In diesem System kann nur viel Geld verdient werden, wenn die Menschen krank sind. Man hat vor Jahren bereits mit der Schweinegrippe versucht, eine Pandemie aufzuziehen. Um zu kapieren, was sie nun getan haben, muss man sich nur die Influenza-Fälle der vergangenen zwei Jahre ansehen: Vor Corona waren bis zu 140.000 Influenza-Fälle pro Winter völlig normal. Seit Corona ist die Grippe kein Thema mehr, dabei sind die Krankheitssymptome dieselben. Merkwürdig, oder? Die Schlussfolgerung liegt nahe: Man hat die Influenza einfach umbenannt. Hätte man die Menschen nicht getestet, wäre niemandem etwas aufgefallen.

Sie kritisieren auch die Schutzmaßnahmen?
Der PCR-Test ist nur ein Spielcasino, die Gesichtsmaske ein körperliches Verbrechen. Man muss sich das mal vorstellen: Man spricht den Menschen das Grundrecht ab, frei zu atmen. Das ist an Boshaftigkeit kaum noch zu steigern. Dabei weiß man, dass diese Masken keinerlei Schutz bieten. Das Ausmaß dieser Ungeheuerlichkeit ist gigantisch: Ich jogge morgens oft an einer Schule vorbei. Es tut mir in der Seele weh, wenn ich die Kinder dort im Klassenzimmer mit ihren Masken sitzen sehe. Ich würde am liebsten in die Schule stürmen und mir Rektor und Lehrer vorknöpfen. Wenn der Wahnsinn eines Tages beendet ist, wird es viel Zeit brauchen, bis sich die Kinder von diesem Missbrauch erholen.

Sie posteten zuletzt auf Instagram ein Video, in dem Sie beim Einkaufen in einem Biokostladen in Düsseldorf zu sehen sind. Es war offenbar ein Shopping-Erlebnis der besonderen Art?
Ich ziehe meine Gesichtsmaske beim Einkaufen zwar auf, trage sie jedoch immer unter der Nase. Deshalb wurde mir bereits in vier Biomärkten Hausverbot erteilt, woran ich mich allerdings nicht halte. Warum auch? Ich habe weder geklaut, noch randaliert, sondern nur frei geatmet. In dem Düsseldorfer Laden war es so, dass die Verkäufer total hysterisch agierten und die Polizei rufen wollten, womit ich einverstanden war. Aber natürlich war es nur eine leere Drohung, stattdessen nahmen sie meine Einkäufe vom Band und nahmen mir den Einkaufswagen ab. Es war erschreckend zu sehen, wie stark sie sich fühlten, weil sie ihre Macht ausspielen konnten. Dabei sind sie nur Sklaven, die nicht wissen, was Freiheit bedeutet – konditioniert von Politik und Medien.

Die *Mainstream*-Medien sind vom ersten Tag der Pandemie an wie gleichgeschaltet …
… was nicht verwundert, wenn man weiß, dass beispielsweise in den USA die komplette Medienlandschaft in den Händen ganz weniger Menschen liegen. Überall wird dasselbe berichtet und viele Leute glauben es. Es ist die Macht der Wiederholung. Für die Politik ist es dadurch ein Selbstläufer.

Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt rief vor kurzem in Bezug auf die Gesichtsmasken per Twitter dazu auf, sich diesem »unterwürfigen Lauterbach-Fetisch« zu verweigern.
Es wird erst aufhören, wenn wir alle nicht mehr mitmachen. Wir können es jederzeit beenden und das System zum Einsturz bringen – mit Integrität und Konsequenz. Viele sind sich noch nicht bewusst, dass wir eine sehr große Macht haben. Wenn wir die nicht nutzen, wird es für uns und nachkommende Generationen sehr ungemütlich. Es gibt eine Elite. Das

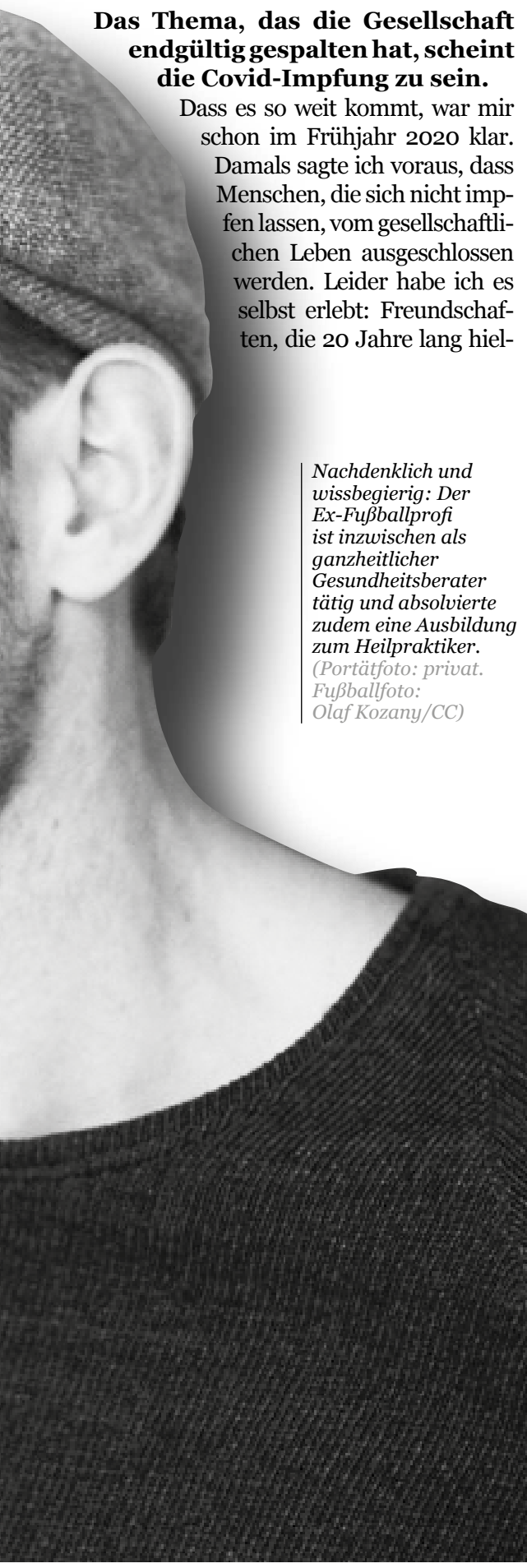
aufhören, wenn mehr mitmachen!«

nter anderem früherer Teamkollege von Nationalspieler Marco Reus in der usammenhängenden »Schutzmaßnahmen«. | INTERVIEW von Klaus Müller

ist eine kleine Gruppe der mächtigsten Menschen, die Gott spielen und die neue Weltordnung durchsetzen will. Deren Angst war es immer, dass sich die restlichen 99 Prozent der Menschen zusammenfinden. Darum hat man immer versucht, zu separieren – in Schwarze und Weiße, Christen und Muslime, Europäer und Afrikaner.

Das Thema, das die Gesellschaft endgültig gespalten hat, scheint die Covid-Impfung zu sein.

Dass es so weit kommt, war mir schon im Frühjahr 2020 klar. Damals sagte ich voraus, dass Menschen, die sich nicht impfen lassen, vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen werden. Leider habe ich es selbst erlebt: Freundschaften, die 20 Jahre lang hielten, gingen in die Brüche. Während meine Eltern alles so sehen wie ich, brachen meine Geschwister vor zwei Jahren den Kontakt zu mir ab. Die Zeit ist für alle Menschen schwierig und fordernd, aber ich werde von der Wahrheit niemals abrücken. Dafür ist mir meine Gesundheit zu wichtig.



Nachdenklich und wissbegierig: Der Ex-Fußballprofi ist inzwischen als ganzheitlicher Gesundheitsberater tätig und absolvierte zudem eine Ausbildung zum Heilpraktiker. (Portätfoto: privat. Fußballfoto: Olaf Kozany/CC)

Die Spritze wurde uns als Heilsbringer angepriesen, doch die Realität ist eine andere?

Man muss sich gar nicht erst die Impfstoffe anschauen: Allein die Propaganda, die betrieben wurde und immer noch wird, zeigt, dass es ausschließlich um die Impfquote geht. Man konnte sich den Pieks bei Ikea abholen, vorm Fußballstadion oder in der S-Bahn – Döner oder Bratwurst inklusive. Dass dabei so viele mitmachen, hätte ich nicht erwartet. Das Problem ist das Geldsystem, in dem sind wir alle gefangen sind, weil wir unseren Lebensunterhalt verdienen müssen. Dies ist der Grund, warum alle Maßnahmen funktionieren. Ich befürchte sogar, dass es viele Menschen gibt, die das Impfen so lange mitmachen würden, bis sie tot umfallen.

Selbst heute hört man trotz fehlender Wirkung immer noch das Argument der Solidarität. Noch erschreckender ist, dass Nebenwirkungen, wie jüngst auch Oskar Lafontaine feststellte, nach wie vor ein Tabu-Thema sind. Warum sollte die Politik darüber reden wollen? Schließlich sollen sich alle impfen lassen. Die Dunkelziffer der Impftoten ist schon jetzt beachtlich. Ich halte die Impfung für äußerst gefährlich: Diese Gentherapie ist darauf ausgelegt, Langzeitschäden zu verursachen. Das Immunsystem wird langsam aber kontinuierlich geschädigt. Bevor es mit der Spritzerei anfing, gab es in meinem Umfeld insgesamt drei positive Corona-Fälle, heute sind fast alle um mich herum positiv, obwohl sie zwei- oder dreifach geimpft sind. Ich garantiere: Ich werde mir dieses Gift niemals injizieren lassen.

Im Mittelpunkt von sehr emotionalen Diskussionen stand vor einigen Monaten Fußball-Nationalspieler Joshua Kimmich, der Skepsis gegenüber den Impfstoffen äußerte und von einigen wie ein Schwerverbrecher behandelt wurde. Wie haben Sie die Berichterstattung damals verfolgt?

Ganz ehrlich: Diese ganze Geschichte wirkte auf mich von Anfang an orchestriert. Kimmich äußerte zwar Zweifel, aber wenig überzeugend und ohne Hintergründe, ehe er es sich nach einer vermeintlichen Infektion plötzlich doch anders überlegte. Für mich war es alles andere als glaubhaft.

Auch Tennisstar Novak Djokovic sorgt mit seinem Status als Ungeimpfter für Wirbel. Warum gibt es darüber hinaus kaum weitere Sportler oder Prominente, die sich bei diesem Thema klar gegen das gängige Regierungsnarrativ positionieren?

Wer das riskiert, ist weg vom Fenster. Alle sind auf irgendeine Art und Weise Teil des Systems und abhängig, beispielsweise in Form von Verträgen, und somit nicht wirklich frei in ihrer Meinung. Der Popstar Xavier Naidoo ist der Einzige, der es durchgezogen hat.

Wie würden Sie unsere derzeitige Staatsform bezeichnen?

Willkür! Mit Demokratie hat es nichts zu tun, vorher aber auch schon nicht. Uns wurde immer suggeriert, wir Bürger würden mitbestimmen. Aber es ist alles nur eine Täuschung. Was hat es mit Demokratie zu tun, wenn eine Regierung mehrere Hundert Millionen Impfdosen bestellt, obwohl fast 30 Prozent der Bevölkerung gar nicht geimpft werden will?

Sie besitzen ein Haus auf dem altehrwürdigen Bökelberg in Mönchengladbach. Haben sie dennoch mal überlegt auszuwandern?

Ja, das ziehen meine Freundin und ich tatsächlich in Erwägung. Wir können uns gut vorstellen, nach Italien auszuwandern und dort abgeschieden als Selbstversorger zu leben – mit Obst- und Gemüseanbau sowie eigener Wasserversorgung. Wir hätten diesen Plan schon längst in die Tat umgesetzt.

Was hat Sie davon abgehalten?

Ich bin zu 1.000 Prozent überzeugt, dass alles ein gutes Ende nehmen, das Kartenhaus von Politik und Medien schon bald in sich zusammenfallen und die Agenda des *Great Reset*, das Programm für den großen totalitären Umsturz, abgewendet wird. Das Gegengewicht wird immer stärker. Um das System infrage zu stellen, benötigt man Wissen, Klarheit, Stärke und viel Mut. Zum Glück agiert die Politik mit ihren Clowns wie Karl Lauterbach völlig absurd und fehlerbehaftet. Ich glaube, es sind schon jetzt viel mehr Menschen aufgewacht, als wir annehmen. Und es werden immer mehr. Wir alle werden Zeitzeugen von dem größten Umbruch der vergangenen 250 Jahre. Ich freue mich wahnsinnig darauf, kann es kaum noch erwarten.

Wie stellen Sie sich den Umbruch vor?

Zunächst muss die Corona-Politik vor Gericht und sich jeder einzelne Beteiligte verantworten. Ich bin mir sicher: Keiner wird entkommen! Danach würde ich mir wünschen, dass das Parteiensystem komplett abgeschafft wird, denn es ist der größte Unsinn. Klar, wir sind damit aufgewachsen. Es ist unser Verständnis von Demokratie, dabei ist es in Wahrheit das Gegenteil davon, weil es nur um die Interessen der Mächtigen geht. Das System ist obsolet. Eine »Regierung« nach dem Umsturz muss ausschließlich das Wohl der Menschen im Sinn haben. Dabei geht es vor allem auch um das Vermitteln von Wissen und eine notwendige Reform des Schulsystems. Nur ein Beispiel: Unsere Ernährung und was sie mit unserem Körper macht – dieses Thema ist eines von vielen, das absichtlich nicht gelehrt wird, weil man die Menschen dumm halten möchte. Das muss endlich aufhören.

Herr Levels, wir danken Ihnen für das Gespräch.

Klaus Müller war international als Sportredakteur tätig, arbeitet seit 15 Jahren als freiberuflicher People-Journalist.

SCHLUSS MIT STAATSPROPAGANDA

Die Initiative Leuchtturm ARD möchte die öffentlich-rechtlichen Medien demokratisieren. | Von Jimmy Gerum

Wer die Kontrolle über die Medien hat, kontrolliert die öffentliche Meinung. Das ist denen, die das Vorgehen in der Pandemie steuern, mehr als bewusst. 2019 wurde die Trusted News Initiative gegründet, der alle großen Nachrichtenagenturen wie *AFP* und *Reuters*, alle großen Sender, wie *ARD* und *ZDF*, *BBC* und *CBC Canada*, und alle großen Plattformen wie *Google*, *Facebook*, *Youtube*, *Twitter* und viele weitere angehören. Ihre angebliche Aufgabe ist es, gegen *Fake* News vorzugehen, in Wirklichkeit geht es darum, alle dem Corona- und Impf-Narrativ entgegenstehenden Nachrichten zu unterdrücken.

Dadurch kommen von der vorgegebenen Linie abweichende Journalisten, Wissenschaftler, Experten, Künstler und Anwälte mit ihren Fakten und Meinungen im öffentlich-rechtlichen Fernsehen nicht mehr vor. Das bedeutet das Ende der Presse- und Meinungsfreiheit und somit das Ende der Demokratie. Menschen, die den Mangel an breiter Information spüren, weichen zu den alternativen Medien aus, wo sie breite Vielfalt vorfinden, wo sie sich aber auch der Diffamierung der Massenmedien ausgesetzt fühlen. Eine tiefe Spaltung der Gesellschaft bis in die Familien geht damit einher. Der öffentlich-rechtliche Rundfunk wird über den Rundfunkbeitrag (früher GEZ) von uns Bürgern finanziert, derzeit mit acht Milliarden Euro jährlich.

Wir werden nicht länger zusehen, wie der öffentlich-rechtliche Rundfunk die Prinzipien von Transparenz, Pluralismus, Ausgewogenheit und Staatsferne verletzt, die der Rundfunkstaatsvertrag von ihm fordert. Die Idee der Initiative Leuchtturm *ARD* ist es, uns den öffentlich-rechtlichen Rundfunk zurückzuholen.

DEMOKRATIE BRAUCHT FAIREN DISKURS

Der Wahrheit kann man sich nur im freien, offenen Diskurs annähern. Wir brauchen unabhängigen, vertrauenswürdigen Journalismus verbunden mit unabhängiger Wissenschaft zur Orientierung – das soll der Leuchtturm sein. Der ehrliche Diskurs muss in Tagesschau und öffentlich-rechtlichen Medien stattfinden. Nur so wird es möglich sein, Spaltung zu überwinden und demokratische Verhältnisse in unserem Land wieder herzustellen.

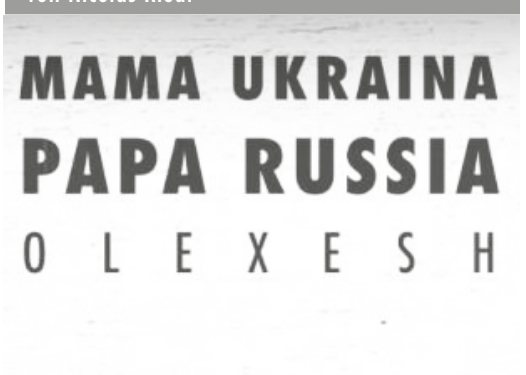
Mit unseren Rundfunkbeiträgen halten wir die Macht in den Händen – setzen wir sie nun auch ein und zwingen durch Entzug der finanziellen Basis *ARD* und *ZDF* dazu, sich an die gesetzlichen Vorgaben und die Urteile des BVG zu halten. Unser Ziel ist eine öffentliche Entschuldigung und Umkehr zum vertrauenswürdigen Journalismus am 3. Oktober 2022, dem Tag der Wiedervereinigung, um eine zweite Wiedervereinigung – die der Familien – zu erleben.

Anleitung zum Vorgehen auf: leuchtturmard.de.

Geheimtipp: Fernseher ausschalten und mehr DW lesen. Foto: Sandra Doornbos

POP 909

Von Nicolas Riedl



Liebe und Versöhnung statt Hass und Hetze empfehlen dieser Tage auch ukrainische Rapper. Bild: Titelcover

VEREINEN STATT SPALTEN

Nach Capital Bra meldet sich nun ein weiterer, erfolgreicher ukrainisch-stämmiger Deutschraper musikalisch zu Wort. Olexsesh veröffentlichte das Werk »MAMA UKRAINA PAPA RUSSIA«, in welchem er zur Versöhnung aufruft. Er biedert sich nicht dem neuen Flaggen-Kult an, noch schlägt er in die russophobe Kerbe. Im Gegenteil weist er die Profiteure des Krieges als Ursache des Blutvergießens aus und beschuldigt nicht ein ganzes Volk der Kriegsverbrechen.

Die Protestnoten werden durch das Gegröle der Armada der Irren nicht übertönt. Bild: Buchcover »Die Armada der Irren«, Rubikon

PROTESTNOTEN GEGEN DIE ARMADA DER IRREN

Nachdem vor einigen Wochen bereits das Liedermacher-Album »Protestnoten« mit Jens Fischer Rodrian, Sabrina Khalil, Captain Future und vielen mehr über das subversive Label A-MAZE-ING erschien, folgt nun das dazugehörige Buch im Rubikon-Verlag. In »Die Armada der Irren« kommen die Künstlerinnen und Künstler der Platte noch einmal ausführlicher zu Wort und legen dar, wie es um die Kunst in (*fake*-)pandemischen Zeiten bestellt ist. Neben sprachgewaltigen Essays und Interviews umfasst das Werk zudem alle Songtexte der Platte, welche dem Buch als CD beigelegt ist.

MEINE WAHRHEIT – DEINE WAHRHEIT

KOLUMNE CHRISTEN IM WIDERSTAND

von Rainer Kraus

Die ganze Welt stürzte vor unseren Augen in ein katastrophales Chaos: »Jemand« erreichte eine nie dagewesene Fesselung aller Länder und Völker unter dem Diktat der postulierten (und bis dahin geachteten) weißen Macht, der Medizin. Im Zentrum der gigantischen Schäden: die Wahrheitsfrage!

Aber seit drei Wochen lässt uns eine Steigerung der Bedrohung erzittern: Der Friede ist in einem Nu von der Welt genommen und über der Menschheit hängt ein großes Damoklesschwert der Vernichtung. Gleichzeitig tobt ein Krieg der Information und Desinformation: Wer zieht die Fäden? Wer ist »der Böse«? Wo ist die Wahrheit? Im 20. Jahrhundert wurden schleichend und schlau Ordnungen zerbrochen. Dazu gehörte auch der Angriff gegen die Wahrheit. Sie »wanderte in den Menschen hinein«, wurde zur persönlichen Meinung degradiert. Direkte Folge: diese neu definierte Wahrheit – weil jetzt verbunden mit einem Menschen – kann der weltlichen Gerichtsbarkeit unterworfen werden!

An die Stelle von Respekt und Ehrfurcht vor der Wahrheit drängte sich die Einforderung von Toleranz und die Drohung, »Diskriminierung« zu sanktionieren. Jetzt war die Tür weit offen, »Wahrheit« zu kaufen: Methoden medialer oder staatlicher Gehirnwäsche tauchen auf, Milliarden werden auch in unserem Land eingesetzt, »Wahrheit« zu produzieren, unliebsame Wortmeldungen zu entfernen.

Am 8. März 2022 schreibt *Die Welt* auf Seite 1: »Weizen und Braugerste (werden) knapp!« Dieser Titel fokussiert die Implosion des Welthandels auf den Hunger, der über Millionen hereinbricht. Und längst losgallopiert ist eine grüne Bewegung, gefüttert mit Daten und beseelt von der Vision, als letzte Generation – auch mit Gewalt – die Erde zu retten. Unser aller Bibel sagt: Die Wahrheit ist eine Person! Jesus sagt: »Ich bin … die Wahrheit« (Joh. 14,6). Damit ist sie eine Frage der Beziehung. Lasst uns in dieser Zeit der »Bedrängnis« diese Beziehung suchen. Nicht als Flucht, sondern als Rettung!

Der Autor ist Zahnarzt und lebt in der Nähe von Hamburg. Kontakt: rain_serv@gmx.de.

UNSER BITCOIN SPENDEN-QR-CODE ZUM SCANNEN

3FyecLmLurGH59q7DQJLCSDinYndGyEyWt

Da die großen Plattformen wie *Youtube, Facebook* und *Google* Oppositionelle immer offener zensieren oder unauffindbar machen, stellen wir Ihnen hier eine kleine Linksammlung zusammen, mit der Sie direkt an Informationen gelangen können.

demokratischerwiderstand.de
demokratischegewerkschaft.de
corona-studies.org | rubikon.news
corodoks.de | mutigmacher.org
anti-spiegel.ru | apolut.net
multipolar-magazin.de
aerztefueraufklaerung.de

Negativliste Banken nach Erfahrung der Redaktion:

Berliner Sparkasse | N26 | Revolut | Solarisbank

ZEITUNGSWUNDER 20/21/22: Die Wochenzeitung Demokratischer Widerstand seit 17. April 2020 mit teils über 560.000 echt verteilten Exemplaren, einer Gesamtauflage von über 19 Millionen in 83 Ausgaben. Dank allen Beteiligten! Bild: Titel des DW N° 17 vom 29 August 2020.

JAHRESABO ABSCHLIESSEN:
demokratischerwiderstand.de/abo

DW-BESTSELLERLISTE

Diese Bücher sind im freien Handel erhältlich
Neue Rezensionsexemplare bitte schicken an
DW/KDW | Postfach 35 02 16 | 10211 Berlin

Die Armada der Irren.
Künstlerischer Widerstand in pandemischer Zeit
Jens Fischer Rodrian
Rubikon
978-3-96789-031-0

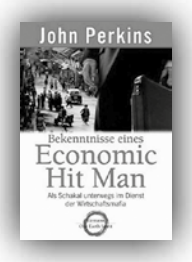
Wer schweigt, stimmt zu.
Über den Zustand unserer Zeit
Und darüber, wie wir leben wollen

Ulrike Guérot, Westend
978-3-86489-359-9

Eiszeit.
Wie Russland dämonisiert wird und warum das so gefährlich ist
Gabriele-Krone Schmalz

C.H.Beck
978-3-406-71412-2

Das Gender-Virus.
Wie man uns mithilfe der Sprache manipulieren will
Árpád Baron von Nahodyl Neményi, Books on Demand
978-3-7534-9577-4



Bekenntnisse eines Economic Hit Man.
Unterwegs im Dienst der Wirtschaftsmafia
John Perkins
Riemann
978-3570500668

Die größte Chance aller Zeiten.
Was wir jetzt aus der Krise lernen müssen und wie Sie vom größten Vermögenstransfer der Menschheit profitieren
Marc Friedrich, FBV
978-3-95972-457-9

Die Ethik des Impfens.
Über die Wiedergewinnung der Mündigkeit
Gunnar Kaiser
Europa Verlag GmbH
978-3-95890-504-7

Wer, wenn nicht Bill.
Anleitung für unser Endspiel um die Zukunft

Sven Böttcher
Rubikon
978-3-96789-016-7

GAME OVER.
Heiko Schöning

Blue Tiger Media
978-94-93262-09-6

Überwachen und Strafen.
Die Geburt der Gefängnisse

Michel Foucault
Suhrkamp
978-3-518-38771-9

Mit Erich Fromm lernen, sich selbst zu lieben. *Foto: gemeinfrei*

Deutsche Freiheitsangst

Ein Großteil der Deutschen beweist dieser Tage seine Unfähigkeit zur Freiheit und seine Vernarrtheit in die Ketten. | Von Nicolas Riedl

Das spanische Wort »Esposas« bedeutet gleichermaßen »Handschellen« und »Ehefrauen«. Sinnbildlicher ließe sich das Verhältnis vieler Deutscher zur Freiheit nicht beschreiben. Sie scheinen in einer unendlichen, toxischen Beziehung mit der ihnen auferlegten Unfreiheit gefangen zu sein.

Dass in der digitalen Irrenanstalt *twitter* die Verschlagwortung #freedomdaystoppen (Freiheitstag stoppen) die Trendliste erklimmen konnte, ist ein unfreiwillig ironischer Indikator, wie sehr der Deutsche in seine Unfreiheit vernarrt ist. Befürwortet er den sogenannten *FreedomDay*, so zeigt dies lediglich die Blindheit gegenüber der verlorenen Freiheit. Die Freiheit unter den sogenannten »Basisschutzmaßnahmen« ist nur ein kümmerlicher Abklatsch der Freiheit der alten Normalität und zugleich dankt man jenen, die einem die Freiheit nahmen. Man zelebriert hier gewissermaßen eine Stockholmsche Befreiungsparty mit den eigenen Entführern.

Jene Deutsche, die den »*FreedomDay*« verhindern möchten, manifestieren in nie gekannter Intensität das, was Erich Fromm skizzierte, als er in seinen Büchern schrieb, dass die meisten Menschen unfähig wären, mit der echten Freiheit umzugehen. Dass Maßnahmen-Regime muss nicht erneut in allen Einzelheiten aufgeführt werden, um darzulegen, dass das Gebrabbel über Freiheit nicht mehr das Papier wert ist, auf dem es geschrieben steht. Dass nun im Feldzug der moralischen Überheblichkeit gegenüber einem russischen »Diktator« tatsächlich die angebliche Freiheit des Westens ins Feld geführt wird, ist an Heuchelei nur schwer zu überbieten.

SPORT MIT BERTHOLD

CO-TRAINER SOLL BLUTEN?

Er ist mit 144 Länderspielen Rekordnationalspieler seines Landes, der Ukraine.

Anatolij Olexandrowytsch Timoschtschuk gewann 2013 mit den Bayern die Champions League. Seit 2016 ist er Trainer, und zwar Co-Trainer für den Russen Sergej Semak beim Erstligisten Zenit Sankt Petersburg – nach sechs Jahren Zusammenarbeit gibt es ein Vertrauensverhältnis. Timoschtschuk äußerte sich nicht zum Krieg.

Nun soll der ukrainische Held des Sports seinen Job aufgeben, damit das Politmarionettentheater befriedigt wird. Timoschtschuk wurde vom ukrainischen Fußballverband die Lizenz entzogen, zudem »lebenslang gesperrt«. Begründung: Er sei beim »Club des Aggressors«.

Es ist eine Schande, wenn solche verdienten Spieler – Menschen generell – so behandelt werden. Timoschtschuk wird nicht glücklich mit dem Krieg sein. Warum auch noch den Sport aufgeben? Gerade in menschlichen Verbindungen liegt doch die Hoffnung auf Frieden.

Thomas Berthold ist unter anderem Fußballweltmeister 1990 und Sportchef dieser Zeitung.

Die Zeitung des Grundgesetzes kommt im dezenten Umschlag.

BIS ZUM UMFASSENDEN SIEG
ABONNIEREN SIE DIE ZEITUNG DER LIBERALEN OPPOSITION

Diese Zeitung ist von einem informativen Flugblatt zu einer der auflagenstärksten Wochenzeitungen gewachsen. Seit der ersten Ausgabe vom 17. April 2020 ist sie keiner Partei verpflichtet und als weit verbreitetes Druckerzeugnis nicht mehr aus der Welt zu löschen. Wir verkaufen keine Daten und sind zu Konzernen, Regierungen und Mäzenen auf Distanz.

Wir haben den Widerstand als unabhängige Zeitung im Jahr 2020 für alle etabliert und 2021 ausgebaut. 2022 wollen wir vermeintlich größere Zeitungen in jeder Hinsicht überholen! Das ist möglich aufgrund der Unterstützung von Zehntausenden einzelnen Spendern und freiwilligen Verteilern, denen die Verbreitung von Kenntnis in der Bevölkerung in Form dieser gedruckten Zeitung wichtig ist. Dafür danken wir! Dazu beliefern wir Zehntausende Einzelabonnenten, die auf dem Laufenden bleiben.

Immer 5 Wochen in Folge, dann 1 Woche Druckpause.

SO GEHT ES:

1. **Ein Jahresabonnement abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de**

oder

2. **Ein Quartalsabo abschließen auf unserer Seite demokratischerwiderstand.de**

oder

3. **Fünf Ausgaben per Postbestellung.**

Im Buchverlag der Gründer der Bewegung
SCHWARZBUCH CORONA ERSTER BAND

Ab Juni 2020 förderte der Corona-Ausschuss interessante Erkenntnisse zutage. Er war auf Forderung des Journalisten Ken Jebsen und der Demokratiebewegung entstanden. Die Journalistin Gabriele Krüper protokollierte und fasste die Sitzungen gekonnt zusammen. Der Verlag der Gründer der Demokratiebewegung bekam das Manuskript angeboten – und machte in der Reihe »Schwarzbuch Corona« ein hochwertiges und erkenntnisreiches Buch daraus, das überall im Handel verfügbar ist. Herausgebeben von Uli Gellermann und Dr. Tamara Ganjalyan.

DAS SCHWARZBUCH CORONA IST ZU BESTELLEN
IM FREIEN BUCHHANDEL UND AUF: SODENKAMPLENZ.DE

BEGINNER-ABONNEMENT FÜR DEMOKRATIELIEBHABER

• Wenn Sie die kommenden 5 Ausgaben per Post im Einzelabonnement von uns zugeschickt bekommen möchten, legen Sie gern diesen ausgefüllten Coupon zusammen mit 15,- EUR in einen frankierten Briefumschlag und senden diesen an die Adresse des Unterstützervereines (siehe unten). • Bitte in DRUCKBUCHSTABEN ausfüllen, danke!

NAME _____

TELEFON + E-MAIL _____

STRASSE, HAUSNUMMER _____

POSTLEITZAHL UND ORT _____

K.D.W. e.V.
Postfach 35 02 16
10211 Berlin

Grundgesetz

Die ersten 20 Artikel unserer Verfassung. Das Grundgesetz steht über der Regierung. Wenn eine Regierung die Verfassung bricht, haben die Menschen das Recht zum Widerstand. Artikel 1 und Artikel 20 sind zusätzlich durch die Ewigkeitsklausel geschützt. Unsere unabschaffbaren Grundrechte:

Artikel 1
(1) Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.
(2) Das Deutsche Volk bekennt sich darum zu unverletzlichen und unveräußerlichen Menschenrechten als Grundlage jeder menschlichen Gemeinschaft, des Friedens und der Gerechtigkeit in der Welt.
(3) Die nachfolgenden Grundrechte binden Gesetzgebung, vollziehende Gewalt und Rechtsprechung als unmittelbar geltendes Recht.

Artikel 2
(1) Jeder hat das Recht auf die freie Entfaltung seiner Persönlichkeit, soweit er nicht die Rechte anderer verletzt und nicht gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder das Sittengesetz verstößt.
(2) Jeder hat das Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit. Die Freiheit der Person ist unverletzlich. In diese Rechte darf nur auf Grund eines Gesetzes eingegriffen werden.

Artikel 3
(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich.
(2) Männer und Frauen sind gleichberechtigt. Der Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin.
(3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden.

Artikel 4
(1) Die Freiheit des Glaubens, des Gewissens und die Freiheit des religiösen und weltanschaulichen Bekenntnisses sind unverletzlich.
(2) Die ungestörte Religionsausübung wird gewährleistet.
(3) Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden. Das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Artikel 5
(1) Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt.
(2) Diese Rechte finden ihre Schranken in den Vorschriften der allgemeinen Gesetze, den gesetzlichen Bestimmungen zum Schutze der Jugend und in dem Recht der persönlichen Ehre.
(3) Kunst und Wissenschaft, Forschung und Lehre sind frei. Die Freiheit der Lehre entbindet nicht von der Treue zur Verfassung.

Artikel 6
(1) Ehe und Familie stehen unter dem besonderen Schutze der staatlichen Ordnung.
(2) Pflege und Erziehung der Kinder sind das natürliche Recht der Eltern und die zuvörderst ihnen obliegende Pflicht. Über ihre Betätigung wacht die staatliche Gemeinschaft.
(3) Gegen den Willen der Erziehungsberechtigten dürfen Kinder nur auf Grund eines Gesetzes von der Familie getrennt werden, wenn die Erziehungsberechtigten versagen oder wenn die Kinder aus anderen Gründen zu verwahrlosen drohen.
(4) Jede Mutter hat Anspruch auf den Schutz und die Fürsorge der Gemeinschaft.
(5) Den unehelichen Kindern sind durch die Gesetzgebung die gleichen Bedingungen für ihre leibliche und seelische Entwicklung und ihre Stellung in der Gesellschaft zu schaffen wie den ehelichen Kindern.

Artikel 7
(1) Das gesamte Schulwesen steht unter der Aufsicht des Staates.
(2) Die Erziehungsberechtigten haben das Recht, über die Teilnahme des Kindes am Religionsunterricht zu bestimmen.
(3) Der Religionsunterricht ist in den öffentlichen Schulen mit Ausnahme der bekenntnisfreien Schulen ordentliches Lehrfach. Unbeschadet des staatlichen Aufsichtsrechtes wird der Religionsunterricht in Übereinstimmung mit den Grundsätzen der Religionsgemeinschaften erteilt. Kein Lehrer darf gegen seinen Willen verpflichtet werden, Religionsunterricht zu erteilen.
(4) Das Recht zur Errichtung von privaten Schulen wird gewährleistet. Private Schulen als Ersatz für öffentliche Schulen bedürfen der Genehmigung des Staates und unterstehen den Landesgesetzen. Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die privaten Schulen in ihren Lehrzielen und Einrichtungen sowie in der wissenschaftlichen Ausbildung ihrer Lehrkräfte nicht hinter den öffentlichen Schulen zurückstehen und eine Sonderung der Schüler nach den Besitzverhältnissen der Eltern nicht gefördert wird. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die wirtschaftliche und rechtliche Stellung der Lehrkräfte nicht genügend gesichert ist.
(5) Eine private Volksschule ist nur zuzulassen, wenn die Unterrichtsverwaltung ein besonderes pädagogisches Interesse anerkennt oder, auf Antrag von Erziehungsberechtigten, wenn sie als Gemeinschaftsschule, als Bekenntnis- oder Weltanschauungsschule errichtet werden soll und eine öffentliche Volksschule dieser Art in der Gemeinde nicht besteht.
(6) Vorschulen bleiben aufgehoben.

Artikel 8
(1) Alle Deutschen haben das Recht, sich ohne Anmeldung oder Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln.
(2) Für Versammlungen unter freiem Himmel kann dieses Recht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes beschränkt werden.

Artikel 9
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Vereine und Gesellschaften zu bilden.
(2) Vereinigungen, deren Zwecke oder deren Tätigkeit den Strafgesetzen zuwiderlaufen oder die sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder gegen den Gedanken der Völkerverständigung richten, sind verboten.
(3) Das Recht, zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen Vereinigungen zu bilden, ist für jedermann und für alle Berufe gewährleistet. Abreden, die dieses Recht einschränken oder zu behindern suchen, sind nichtig, hierauf gerichtete Maßnahmen sind rechtswidrig. Maßnahmen nach den Artikeln 12a, 35 Abs. 2 und 3, Artikel 87a Abs. 4 und Artikel 91 dürfen sich nicht gegen Arbeitskämpfe richten, die zur Wahrung und Förderung der Arbeits- und Wirtschaftsbedingungen von Vereinigungen im Sinne des Satzes 1 geführt werden.

Artikel 10
(1) Das Briefgeheimnis sowie das Post- und Fernmeldegeheimnis sind unverletzlich.
(2) Beschränkungen dürfen nur auf Grund eines Gesetzes angeordnet werden. Dient die Beschränkung dem Schutze der freiheitlichen demokratischen Grundordnung oder des Bestandes oder der Sicherung des Bundes oder eines Landes, so kann das Gesetz bestimmen, daß sie dem Betroffenen nicht mitgeteilt wird und daß an die Stelle des Rechtsweges die Nachprüfung durch von der Volksvertretung bestellte Organe und Hilfsorgane tritt.

Artikel 11
(1) Alle Deutschen genießen Freizügigkeit im ganzen Bundesgebiet.
(2) Dieses Recht darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes und nur für die Fälle eingeschränkt werden, in denen eine ausreichende Lebensgrundlage nicht vorhanden ist und der Allgemeinheit daraus besondere Lasten entstehen würden oder in denen es zur Abwehr einer drohenden Gefahr für den Bestand oder die freiheitliche demokratische Grundordnung des Bundes oder eines Landes, zur Bekämpfung von Seuchengefahr, Naturkatastrophen oder besonders schweren Unglücksfällen, zum Schutze der Jugend vor Verwahrlosung oder um strafbaren Handlungen vorzubeugen, erforderlich ist.

Artikel 12
(1) Alle Deutschen haben das Recht, Beruf, Arbeitsplatz und Ausbildungsstätte frei zu wählen. Die Berufsausübung kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes geregelt werden.
(2) Niemand darf zu einer bestimmten Arbeit gezwungen werden, außer im Rahmen einer herkömmlichen allgemeinen, für alle gleichen öffentlichen Dienstleistungspflicht.
(3) Zwangsarbeit ist nur bei einer gerichtlich angeordneten Freiheitsentziehung zulässig.

Artikel 12a
(1) Männer können vom vollendeten achtzehnten Lebensjahr an zum Dienst in den Streitkräften, im Bundesgrenzschutz oder in einem Zivilschutzverband verpflichtet werden.
(2) Wer aus Gewissensgründen den Kriegsdienst mit der Waffe verweigert, kann zu einem Ersatzdienst verpflichtet werden. Die Dauer des Ersatzdienstes darf die Dauer des Wehrdienstes nicht übersteigen. Das Nähere regelt ein Gesetz, das die Freiheit der Gewissensentscheidung nicht beeinträchtigen darf und auch eine Möglichkeit des Ersatzdienstes vorsehen muß, die in keinem Zusammenhang mit den Verbänden der Streitkräfte und des Bundesgrenzschutzes steht.
(3) Wehrpflichtige, die nicht zu einem Dienst nach Absatz 1 oder 2 herangezogen sind, können im Verteidigungsfalle durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu zivilen Dienstleistungen für Zwecke der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung in Arbeitsverhältnisse verpflichtet werden; Verpflichtungen in öffentlich-rechtliche Dienstverhältnisse sind nur zur Wahrnehmung polizeilicher Aufgaben oder solcher hoheitlichen Aufgaben der öffentlichen Verwaltung, die nur in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis erfüllt werden können, zulässig. Arbeitsverhältnisse nach Satz 1 können bei den Streitkräften, im Bereich ihrer Versorgung sowie bei der öffentlichen Verwaltung begründet werden; Verpflichtungen in Arbeitsverhältnisse im Bereiche der Versorgung der Zivilbevölkerung sind nur zulässig, um ihren lebensnotwendigen Bedarf zu decken oder ihren Schutz sicherzustellen.
(4) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an zivilen Dienstleistungen im zivilen Sanitäts- und Heilwesen sowie in der ortsfesten militärischen Lazarettorganisation nicht auf freiwilliger Grundlage gedeckt werden, so können Frauen vom vollendeten achtzehnten bis zum vollendeten fünfundfünfzigsten Lebensjahr durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes zu derartigen Dienstleistungen herangezogen werden. Sie dürfen auf keinen Fall zum Dienst mit der Waffe verpflichtet werden.
(5) Für die Zeit vor dem Verteidigungsfalle können Verpflichtungen nach Absatz 3 nur nach Maßgabe des Artikels 80a Abs. 1 begründet werden. Zur Vorbereitung auf Dienstleistungen nach Absatz 3, für die besondere Kenntnisse oder Fertigkeiten erforderlich sind, kann durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes die Teilnahme an Ausbildungsveranstaltungen zur Pflicht gemacht werden. Satz 1 findet insoweit keine Anwendung.
(6) Kann im Verteidigungsfalle der Bedarf an Arbeitskräften für die in Absatz 3 Satz 2 genannten Bereiche auf freiwilliger Grundlage nicht gedeckt werden, so kann zur Sicherung dieses Bedarfs die Freiheit der Deutschen, die Ausübung eines Berufs oder den Arbeitsplatz aufzugeben, durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden. Vor Eintritt des Verteidigungsfalles gilt Absatz 5 Satz 1 entsprechend.

Artikel 13
(1) Die Wohnung ist unverletzlich.
(2) Durchsuchungen dürfen nur durch den Richter, bei Gefahr im Verzuge auch durch die in den Gesetzen vorgesehenen anderen Organe angeordnet und nur in der dort vorgeschriebenen Form durchgeführt werden.
(3) Begründen bestimmte Tatsachen den Verdacht, daß jemand eine durch Gesetz einzeln bestimmte besonders schwere Straftat begangen hat, so dürfen zur Verfolgung der Tat auf Grund richterlicher Anordnung technische Mittel zur akustischen Überwachung von Wohnungen, in denen der Beschuldigte sich vermutlich aufhält, eingesetzt werden, wenn die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise unverhältnismäßig erschwert oder aussichtslos wäre. Die Maßnahme ist zu befristen. Die Anordnung erfolgt durch einen mit drei Richtern besetzten Spruchkörper. Bei Gefahr im Verzuge kann sie auch durch einen einzelnen Richter getroffen werden.
(4) Zur Abwehr dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit, insbesondere einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr, dürfen technische Mittel zur Überwachung von Wohnungen nur auf Grund richterlicher Anordnung eingesetzt werden. Bei Gefahr im Verzuge kann die Maßnahme auch durch eine andere gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden; eine richterliche Entscheidung ist unverzüglich nachzuholen.
(5) Sind technische Mittel ausschließlich zum Schutze der bei einem Einsatz in Wohnungen tätigen Personen vorgesehen, kann die Maßnahme durch eine gesetzlich bestimmte Stelle angeordnet werden. Eine anderweitige Verwertung der hierbei erlangten Erkenntnisse ist nur zum Zwecke der Strafverfolgung oder der Gefahrenabwehr und nur zulässig, wenn zuvor die Rechtmäßigkeit der Maßnahme richterlich festgestellt ist; bei Gefahr im Verzuge ist die richterliche Entscheidung unverzüglich nachzuholen.
(6) Die Bundesregierung unterrichtet den Bundestag jährlich über den nach Absatz 3 sowie über den im Zuständigkeitsbereich des Bundes nach Absatz 4 und, soweit richterlich überprüfungsbedürftig, nach Absatz 5 erfolgten Einsatz technischer Mittel. Ein vom Bundestag gewähltes Gremium übt auf der Grundlage dieses Berichts die parlamentarische Kontrolle aus. Die Länder gewährleisten eine gleichwertige parlamentarische Kontrolle.
(7) Eingriffe und Beschränkungen dürfen im übrigen nur zur Abwehr einer gemeinen Gefahr oder einer Lebensgefahr für einzelne Personen, auf Grund eines Gesetzes auch zur Verhütung dringender Gefahren für die öffentliche Sicherheit und Ordnung, insbesondere zur Behebung der Raumnot, zur Bekämpfung von Seuchengefahr oder zum Schutze gefährdeter Jugendlicher vorgenommen werden.

Artikel 14
(1) Das Eigentum und das Erbrecht werden gewährleistet. Inhalt und Schranken werden durch die Gesetze bestimmt.
(2) Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.
(3) Eine Enteignung ist nur zum Wohle der Allgemeinheit zulässig. Sie darf nur durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes erfolgen, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt. Die Entschädigung ist unter gerechter Abwägung der Interessen der Allgemeinheit und der Beteiligten zu bestimmen. Wegen der Höhe der Entschädigung steht im Streitfalle der Rechtsweg vor den ordentlichen Gerichten offen.

Artikel 15
Grund und Boden, Naturschätze und Produktionsmittel können zum Zwecke der Vergesellschaftung durch ein Gesetz, das Art und Ausmaß der Entschädigung regelt, in Gemeineigentum oder in andere Formen der Gemeinwirtschaft überführt werden. Für die Entschädigung gilt Artikel 14 Abs. 3 Satz 3 und 4 entsprechend.

Artikel 16
(1) Die deutsche Staatsangehörigkeit darf nicht entzogen werden. Der Verlust der Staatsangehörigkeit darf nur auf Grund eines Gesetzes und gegen den Willen des Betroffenen nur dann eintreten, wenn der Betroffene dadurch nicht staatenlos wird.
(2) Kein Deutscher darf an das Ausland ausgeliefert werden. Durch Gesetz kann eine abweichende Regelung für Auslieferungen an einen Mitgliedstaat der Europäischen Union oder an einen internationalen Gerichtshof getroffen werden, soweit rechtsstaatliche Grundsätze gewahrt sind.

Artikel 16a
(1) Politisch Verfolgte genießen Asylrecht.
(2) Auf Absatz 1 kann sich nicht berufen, wer aus einem Mitgliedstaat der Europäischen Gemeinschaften oder aus einem anderen Drittstaat einreist, in dem die Anwendung des Abkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten sichergestellt ist. Die Staaten außerhalb der Europäischen Gemeinschaften, auf die die Voraussetzungen des Satzes 1 zutreffen, werden durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, bestimmt. In den Fällen des Satzes 1 können aufenthaltsbeendende Maßnahmen unabhängig von einem hiergegen eingelegten Rechtsbehelf vollzogen werden.
(3) Durch Gesetz, das der Zustimmung des Bundesrates bedarf, können Staaten bestimmt werden, bei denen auf Grund der Rechtslage, der Rechtsanwendung und der allgemeinen politischen Verhältnisse gewährleistet erscheint, daß dort weder politische Verfolgung noch unmenschliche oder erniedrigende Bestrafung oder Behandlung stattfindet. Es wird vermutet, daß ein Ausländer aus einem solchen Staat nicht verfolgt wird, solange er nicht Tatsachen vorträgt, die die Annahme begründen, daß er entgegen dieser Vermutung politisch verfolgt wird.
(4) Die Vollziehung aufenthaltsbeendender Maßnahmen wird in den Fällen des Absatzes 3 und in anderen Fällen, die offensichtlich unbegründet sind oder als offensichtlich unbegründet gelten, durch das Gericht nur ausgesetzt, wenn ernstliche Zweifel an der Rechtmäßigkeit der Maßnahme bestehen; der Prüfungsumfang kann eingeschränkt werden und verspätetes Vorbringen unberücksichtigt bleiben. Das Nähere ist durch Gesetz zu bestimmen.
(5) Die Absätze 1 bis 4 stehen völkerrechtlichen Verträgen von Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften untereinander und mit dritten Staaten nicht entgegen, die unter Beachtung der Verpflichtungen aus dem Abkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge und der Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten, deren Anwendung in den Vertragsstaaten sichergestellt sein muß, Zuständigkeitsregelungen für die Prüfung von Asylbegehren einschließlich der gegenseitigen Anerkennung von Asylentscheidungen treffen.

Artikel 17
Jedermann hat das Recht, sich einzeln oder in Gemeinschaft mit anderen schriftlich mit Bitten oder Beschwerden an die zuständigen Stellen und an die Volksvertretung zu wenden.

Artikel 17a
(1) Gesetze über Wehrdienst und Ersatzdienst können bestimmen, daß für die Angehörigen der Streitkräfte und des Ersatzdienstes während der Zeit des Wehr- oder Ersatzdienstes das Grundrecht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten (Artikel 5 Abs. 1 Satz 1 erster Halbsatz), das Grundrecht der Versammlungsfreiheit (Artikel 8) und das Petitionsrecht (Artikel 17), soweit es das Recht gewährt, Bitten oder Beschwerden in Gemeinschaft mit anderen vorzubringen, eingeschränkt werden.
(2) Gesetze, die der Verteidigung einschließlich des Schutzes der Zivilbevölkerung dienen, können bestimmen, daß die Grundrechte der Freizügigkeit (Artikel 11) und der Unverletzlichkeit der Wohnung (Artikel 13) eingeschränkt werden.

Artikel 18
Wer die Freiheit der Meinungsäußerung, insbesondere die Pressefreiheit (Artikel 5 Abs. 1), die Lehrfreiheit (Artikel 5 Abs. 3), die Versammlungsfreiheit (Artikel 8), die Vereinigungsfreiheit (Artikel 9), das Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis (Artikel 10), das Eigentum (Artikel 14) oder das Asylrecht (Artikel 16a) zum Kampfe gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung mißbraucht, verwirkt diese Grundrechte. Die Verwirkung und ihr Ausmaß werden durch das Bundesverfassungsgericht ausgesprochen.

Artikel 19
(1) Soweit nach diesem Grundgesetz ein Grundrecht durch Gesetz oder auf Grund eines Gesetzes eingeschränkt werden kann, muß das Gesetz allgemein und nicht nur für den Einzelfall gelten. Außerdem muß das Gesetz das Grundrecht unter Angabe des Artikels nennen.
(2) In keinem Falle darf ein Grundrecht in seinem Wesensgehalt angetastet werden.
(3) Die Grundrechte gelten auch für inländische juristische Personen, soweit sie ihrem Wesen nach auf diese anwendbar sind.
(4) Wird jemand durch die öffentliche Gewalt in seinen Rechten verletzt, so steht ihm der Rechtsweg offen. Soweit eine andere Zuständigkeit nicht begründet ist, ist der ordentliche Rechtsweg gegeben. Artikel 10 Abs. 2 Satz 2 bleibt unberührt.

Artikel 20
(1) Die Bundesrepublik Deutschland ist ein demokratischer und sozialer Bundesstaat.
(2) Alle Staatsgewalt geht vom Volke aus. Sie wird vom Volke in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung ausgeübt.
(3) Die Gesetzgebung ist an die verfassungsmäßige Ordnung, die vollziehende Gewalt und die Rechtsprechung sind an Gesetz und Recht gebunden.
(4) Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht zum Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.

FREIHEIT MUSS DEM SCHUTZE DER GESETZE ODER DER KRIEG GESETZT DER NOTWENDIGKEIT EINE GRENZE. J.F. KENNEDY

***Art. 146** Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit [erst] an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.*

Impressum | Wochenzeitung «DEMOKRATISCHER WIDERSTAND» (DW / der Widerstand) – Stimme der parteiunabhängigen liberalen Opposition und der kritischen Intelligenz in der Bundesrepublik Deutschland auf Basis des Grundgesetzes. | 83. Ausgabe ab Samstag, 19. März 2022. | Redaktionsschluss war am 17. März 11:15 Uhr. | Alle Beiträge sind Originalbeiträge für diese Zeitung, Übernahmen werden als solche bezeichnet. Nicht bezeichnete Fotos: privat. | **Förder- und Freundeskreis:** Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand e.V., Postfach 35 02 16, 10211 Berlin. | ZeitungsverkäuferInnen sind eingeladen, einen Obulus von maximal 1,- Euro je Exemplar für sich zu behalten. | **Spenden** an den Demokratischen Widerstand per Bareinzahlung oder Überweisung, Verwendungszweck »Crowdfunding« oder »Schenkung« an K.D.W. e.V., **IBAN DE46 8306 5408 0004 2747 84, BIC GENODEF1SLR**.

Chefredaktion: Anselm Lenz, Hendrik Sodenkamp, Burak Erbasi (CvD) **Redaktion Krieg & Frieden:** Ilia Ryvkin **Ressortleitung Wirtschaft:** Hermann Ploppa **Ressort Naturwissenschaft:** Markus Fiedler **Österreich-Korrespondenten:** Eric Angerer, Sejla Vie **Sportchef:** Thomas Berthold **Layout und Satz:** Ute Feuerstacke, Jill Sandjaja, Anselm Lenz **Fotoressort:** Steve Schramm, Hannes Henkelmann, Gerd Danigel, Sandra Doornbos **Weitere Redaktionsmitglieder:** Anke Behrend, Clark Kent, Markus Haintz, Alexandra Motschmann, Ullrich Mies, Annette van Gessel, Batseba N'Diaye, Nadine Strotmann, Louise Mary Lenz, Wolfgang Spraul, Torsten Wetzel, Dirk Hüther, Doro Neidel, Dr. med. Alexander Richter, Johnny Rottweil. **Korrektorat:** Stefanie Supé, Barbara Klumpp, Nadja Rogler **V.i.S.d.P.** Anselm Lenz & Hendrik Sodenkamp, Vorstand K.D.W. e.V., Berliner Allee 150, 13088 Berlin. Gegründet am 25. und 28. März 2020 im Foyer der Volksbühne am Rosa-Luxemburg-Platz, Berlin. Sitze der Zeitung sind London, Oslo, Stockholm, Moskau und Montevideo. **Redaktionskooperation:** De Andere Krant, Amsterdam.

Herausgegeben von Anselm Lenz, Batseba N'Diaye, Hendrik Sodenkamp mit Prof. Giorgio Agamben in Berlin für das gesamte Bundesgebiet seit 17. April 2020. **Verlag:** Sodenkamp & Lenz Verlagshaus GmbH, Berliner Allee 150, 13088 Berlin. **Druck:** Union Druckerei, Storkower Straße 127a, 10407 Berlin; S+M Druckhaus GmbH, Otto-Hahn-Straße 44a, 63303 Dreieich. | Für Hinweise in dieser Zeitung auf Online-Links kann keine Haftung übernommen werden. Die Zeitung ist frei zur nichtkommerziellen Verbreitung, Vervielfältigung, Kopie, Projektion, Abfotografie, Verfilmung und so weiter, sofern dies sinnwahrend geschieht. Fotos und kommerzielle Verwertung müssen gesondert angefragt werden.

Die kommende Ausgabe DW 84 erscheint am 26. März 2022.